



4 | IM FOCUS

Was brauchen unsere Kinder in der Schule?

12 | AUS DER PARTEI



Das große Familienfest der Frankfurter CDU

28 | AUS DER FRAKTION



Helmut Heuser ist neuer CDU-Chef im Römer

3 Editorial

4 Im Focus

10 Aus der Partei

28 Aus der Fraktion

51 Das gewisse Etwas



Kernthema Bildung

Die heutige Schullandschaft steht seit der PISA-Studie unter erheblichem Erfolgsdruck. Hinzu kommt der Wunsch vieler Eltern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ganztagschulangebote zu verbessern. Die CDU-Fraktion im Römer hat sich in der Veranstaltungsreihe „Frankfurter Horizonte“ mit den aktuellen bildungspolitischen Fragestellungen befasst und dazu Experten ebenso wie Schülerinnen und Schüler eingeladen. Lesen Sie selbst, welche schulpolitischen Zielsetzungen diskutiert wurden.

Bild: Sajak

Letzte Meldung

Deutschland ist ein Vorbild

Michail Gorbatschow sprach zum Tag der Deutschen Einheit in der Paulskirche

Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow sieht im wiedervereinigten Deutschland ein Vorbild für Länder, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden.



Vor der Paulskirche: OB Petra Roth und Michail Gorbatschow.

Bild: dpa

den. „Das Land hat in den vergangenen 20 Jahren seine mit der Einheit verbundenen Verpflichtungen eingehalten“, sagte der frühere sowjetische Staatschef am Tag der Deutschen Einheit in der Frankfurter Paulskirche. In den ersten Jahren habe Deutschland zwar „ernsthafte Krankheiten“ durchgemacht, doch inzwischen seien die wichtigsten Probleme gemeistert.

Die Wiedervereinigung habe den „objektiven Bedürfnissen in Europa und der ganzen Welt“ entsprochen, sagte Gorbatschow, der als Kreml-Chef maßgeblich den Weg für die deutsche Einheit bereitet hatte. Der Sowjetunion sei bewusst gewesen, dass sie „unvermeidlich kommt“. Für den „Haupthelden der deutschen Wieder-

vereinigung“ hält der 79-Jährige das Volk, das seinen Wunsch nach Einheit in Ost und West entschieden bekundet habe.

In der heutigen globalen Welt sei es wichtig, in einer „transkontinentalen Gemeinschaft“ Probleme wie Armut, Umwelt- und Finanzkrisen oder Sicherheit gemeinsam zu lösen, sagte Gorbatschow. Amerika, Europa und Russland könnten nur als Partner „den Weg zur Neugestaltung der Weltpolitik einschlagen“. Gorbatschow hob zugleich die Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen hervor. „Ich sehe Ihnen in die Augen und versichere Ihnen: Russland hat keine imperialen Absichten mehr. Niemand hat das mehr nötig“, rief er den Gästen in der Paulskirche zu. (red)

Impressum FRANKFURTmagazin

Herausgeber: CDU-Kreisverband, Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage), 60314 Frankfurt am Main, Tel. (069) 153099-0, info@cduffm.de, www.cduffm.de || CDU-Fraktion, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt am Main, Tel. (069) 138728-0, info@cdu-fraktion.frankfurt.de, www.cdu-fraktion-ffm.de || **Redaktion:** Christian Wernet (caw) (v. i. S. d. P. für Parteiteil), Wolfram Roos (wr), Joachim Rotberg (jr) (v. i. S. d. P. für Fraktionsteil) || **Freie Autoren:** Dirk Antoni (an), Joachim Gres (jg), Dr. Matthias Zimmer (mz), Ulf Homeyer (uh), Martin-Benedikt Schäfer (mbs), Carsten von Drathen (cvd), Christof Warnke (cw), Sylvia Hornung (sh), Claudia Wesner (clw), Oliver Brücher (ob), Alexander Scharf (as), Stephan Deusinger (sd), Volker Wirtgen (vw), Stefan Köhler (sk) || **Konzept, Grafik und Produktion:** DigitalAgentur mpm, Tel. (06131) 9569-20, www.digitalagentur-mpm.de || Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. || **Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 27.09.2010; nächste Ausgabe: 29.11.2010.**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die Kommunalwahl 2011 rückt in greifbare Nähe. Wichtige Parteitage, auf denen über unser neues Kommunalwahlprogramm sowie die Kandidatenliste für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung abgestimmt wird, stehen unmittelbar bevor. Mit der Durchführung von Regionalkonferenzen und der Auswahl einer neuen Werbelinie hat die Frankfurter CDU die entscheidenden Weichen für den anstehenden Wahlkampf gestellt und mit einem großen Familienfest den Vorkampfbereich schon eröffnet. Vor allem mit unserem Familienfest haben wir eindrucksvoll bewiesen, was auch außerhalb der „heißen Wahlkampfphase“ jederzeit auf die Beine gestellt und geleistet werden kann. Die sehr positive Resonanz, auf die unser Fest bei den Bürgern wie auch bei den Medien stieß, spricht hier eine eindeutige Sprache. Es war uns wichtig, unsere besondere Verbundenheit mit den Familien zu demonstrieren und



Erfüllende Lebensform: Die CDU will die Rahmenbedingungen für Familien verbessern.
Bild: dpa

zu zeigen: Ihre Bedürfnisse liegen uns in besonderer Weise am Herzen und stehen im Fokus unserer Politik. Mit ihrem Ehrenabend 2010 hat die Frankfurter CDU zudem ihre Verbundenheit mit ihren langjährigen Mitgliedern zum Ausdruck gebracht. In Anwesenheit von etlichen Neumitgliedern wurden gleich sechs Mitglieder für ihre über 50-jährige Zugehörigkeit geehrt. Insbesondere auf diesem Ehrenabend konnte man spüren, was die Frankfurter CDU wirklich ausmacht und welche ausgeprägte Loyalität sie zusammenhält. Dieser Zusammenhalt zeigte sich im positivsten Sinne auch, als wir in den letzten Wochen unsere langjährige Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach einmal mehr gegen unfaire und unsachliche Kritiken – aus welcher Richtung auch immer – verteidigten. In zahlreichen Wortmeldungen und einem gemeinsamen „Offenen Brief“ hat sich die Frankfurter CDU klar hinter Erika Steinbach gestellt und deutlich gemacht, dass konservative Politik ein fester Bestandteil nicht nur der Frankfurter CDU ist – und sein muss. So unerfreulich die Angriffe auf Erika Steinbach auch waren, umso deutlicher wurde auch, auf welche Weise die CDU als Partei Bestand haben wird und stärkste politische Kraft bleiben wird: Mit Geschlossenheit, Mut und Zuversicht wird es uns – der Frankfurter CDU – auch zukünftig

gelingen, die Bürgerinnen und Bürger von unseren politischen Zielen und unserer parlamentarischen Arbeit zu überzeugen.

In diesen Wochen wird die CDU-Fraktion im Römer die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt mit einer Postwurfsendung über die geleistete Arbeit in den zurückliegenden Jahren informieren. Diese Leistungsbilanz kann sich sehen lassen. Gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Petra Roth hat die CDU als mit Abstand stärkste Fraktion im Rathaus zusammen mit

dem grünen Koalitionspartner viel erreicht. Es ist nicht zu verhehlen, dass wir dabei auch Kompromisse eingehen mussten. Das gehört zum Wesen einer Koalition dazu. Wir haben aber auch lupenreine CDU-Politik in die Tat umsetzen können. Ein gutes Beispiel ist der Beschluss zum Bau des neuen Gymnasiums im Stadtteil Riedberg – das erste in Frankfurt am

Main seit der Kaiserzeit. Einen Einblick in den aktuellen Stand der Schulpolitik in Frankfurt am Main bietet Ihnen übrigens diese Ausgabe des Frankfurt Magazins. Die Bildungspolitik der CDU ist nach unserer Überzeugung aber nur die „kleine Schwester“ der Familienpolitik. Für die CDU sind Ehe und Familie zentrale Fundamente unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung, auch in unserer schnelllebigen Stadt. Zwar haben sich, wie wir wissen, die Lebenswirklichkeiten in der deutschen Gesellschaft tief greifend verändert, die Familie ist aber noch immer die erfüllendste und beständigste Lebensform. Wir müssen alles tun, um die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern. Die aktuellen Ziele unserer Familienpolitik wollen wir im Dezember mit einem Fraktions-Forum „Frankfurter Horizonte“ näher vorstellen. Sie erhalten rechtzeitig eine Einladung!

Boris Rhein,
Kreisvorsitzender

Helmut Heuser,
Fraktionsvorsitzender



Schule wandelt sich vom Lern- zum Lebe

Qualitätsoffensive fortsetzen und Ganztagschulen a



Lebensort ausbauen



Von

Dr. Bernadette Weyland

Bildungspolitische Sprecherin
der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion hat im Rahmen eines von FAZ-Redakteur Matthias Trautsch moderierten öffentlichen Fraktions-Forums am 14. September 2010 ihre Bildungspolitik für Frankfurt am Main zur Diskussion gestellt. Es war ein erfreuliches Zeichen, dass rund 120 Interessierte in den Großen Saal im Haus am Dom gekommen waren, darunter nicht nur engagierte Elternschaft sowie Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch zahlreiche Schülerinnen und Schüler vom StadtschülerInnenRat und der Schüler-Union. In der Reihe „Frankfurter Horizonte“ sind wir zusammen mit Experten der Frage nachgegangen: „Was brauchen unsere Kinder in der Schule?“.

Für die CDU-Fraktion ist dies die Ausgangsfrage, die in der Schulpolitik zu stellen ist. Ganztagschulprogramme und variable Nachmittagsbetreuung gewährleisten zwar zunehmend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allerdings stellt dies die Schulen vor gänzlich neue Herausforderungen. Schule ist heute mehr denn je Lern- und zugleich Lebensort für die Schülerinnen und Schüler. Deshalb müssen nicht nur die Unterrichtsangebote stimmen, sondern auch die Raumprogramme und die Ernährungspläne für die Schulkantinen. Die Ausstattung der Schulen ist folglich eine Frage der richtigen Prioritätensetzung durch die Kommunalpolitik. Mit Blick auf die kommunale Zuständigkeit stellen wir hierzu vier wichtige schulpolitische Forderungen auf:

Vier Forderungen der CDU-Fraktion

→ Die CDU-Fraktion steht für Qualität in der Bildung. Das setzt moderne, ansprechende und funktionale Schulgebäude voraus. Denn die Menschen formen Gebäude und die Gebäude die Menschen. In preußischer Zeit waren die Schulhäuser massive Bauten und dem Geiste nach Lehranstalten. Heute sind die Gebäude offen gebaut, es gibt viel Glas. Innen finden die Kinder Bibliotheken und Mensen vor, außen vielleicht sogar einen Schulgarten. Die Koalition investiert in Frankfurt am Main bereits jedes Jahr über 100 Mio. Euro in zeitgemäße Schulanlagen. Wir wollen dieses hohe Niveau auch in Zukunft beibehalten, denn Schulen entwickeln sich zunehmend vom Lern- zum Lebensort. Ein langer Aufenthalt in den Schulen muss den jungen Menschen zur Entwicklung ihrer individuellen Persönlichkeit auch Platz und Raum für die Freizeitgestaltung geben. Dazu gehören nicht nur Sport- und spezielle Kurs-



Leistung fördern durch gezielten Unterricht und Zuwendung. Die CDU tritt für eine vielfältige Schullandschaft ein.

angebote, sondern z. B. auch Programme für Hausaufgaben- und Jugendhilfe. Die CDU-Fraktion setzt sich für neue moderne Raumprogramme ein, die dieses verwirklichen.

→ Die CDU-Fraktion steht für Bildungsvielfalt. Mit einem breit gefächerten Bildungsangebot wie in Frankfurt am Main vorhanden wird den Eltern ermöglicht, die richtige Schulform für ihr Kind zu finden. Die Berliner Pläne einer „Einheitsschule“ oder das „lange gemeinsame Lernen“, wie es die am Elternwillen gescheiterte Schulreform in Hamburg vorsah, sind Mogelpackungen, die außerdem nur Zeitverlust bedeuten. Alle empirischen Betrachtungen zeigen, dass das mehrgliedrige Schulsystem das beste ist. Die Klassengruppen sind homogener, so dass Leistungen besser gefördert und Schwächen besser ausgeglichen werden können. Die CDU-Fraktion setzt folglich auf Früherkennung von Interessen und Begabungen und individuelle Förderung. Dabei bedeutet Bildungsvielfalt, gestützt auf den Elternwunsch alle Schulformen vom Gymnasium bis zur Gesamtschule einzubeziehen. Im Baubereich wollen wir folgerichtig sicherstellen, dass keine Schulform vernachlässigt wird.

→ Wir treten dafür ein, Angebote der Jugendhilfe, die in Frankfurt am Main bisher nur an Grundschulen, Schulen mit Bildungsgang Hauptschule, den beruflichen sowie den Förderschulen angeboten werden, auch an den Realschulen einzuführen. Die Realschulen verfügen über eine Schülerklientel, das auch nach Einschätzung der Industrie- und Handelskammer immer häufiger eine sozialpädagogische Betreuung benötigt. Um ein besseres Ausbildungsprofil



Eltern und Schule müssen auf eine gesunde Ernährung der Kinder achten.

Bilder: dpa

der Realschülerinnen und -schüler zu erreichen, müssen Jugendhilfe-Projekte endlich auch für die Realschulen umgesetzt werden. Nur so kann auf Dauer sichergestellt werden, dass gut ausgebildete Realschüler als spätere Fachkräfte in den Arbeitsmarkt entlassen werden können.

→ Die CDU-Fraktion spricht sich für eine gesunde Ernährung in der Schule sowie verstärkte Ernährungserziehung in Schulen aus. Für Kinder und Jugendliche, die in den Schulen zu Mittag essen, ist nicht nur schmackhafte, sondern auch vollwertige Ernährung enorm wichtig. In dieser Lebensphase ist der Nährstoffbedarf relativ hoch, um Wachstum und Entwicklung richtig zu fördern. Außerdem werden in der Kinder- und Jugendzeit Ernährungsverhaltenen geprägt und die Grundlagen für die Prävention ernährungsbedingter Krankheiten gelegt. Schon in der Grundschule muss daher ein Bewusstsein für gesundes Essen geschaffen werden. Zusätzlich zu entsprechenden Angeboten in den Schulkantinen kann durch gemeinsames Kochen etwa in AGs und besonders durch Essen in der Gemeinschaft neben der Vermittlung von Sozialkompetenzen auch das Bewusstsein für gesunde Ernährung gestärkt werden.

Qualitätsoffensive fortsetzen

Die Koalition aus CDU und Grünen hat in den zurückliegenden Jahren schon viel erreicht. Aktuell arbeiten bereits 53 Schulen in der Trägerschaft der Stadt ganztägig. Diesen

Weg müssen wir gezielt fortsetzen. Wir wollen dabei das Lernumfeld für Schülerinnen und Schüler noch attraktiver gestalten. Mit einer erneuten Qualitätsoffensive werden wir die bauliche Situation und die Ausstattung der Schulen verbessern.

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Was brauchen unsere Kinder in der Schule?“ hat uns dabei geholfen, den Status quo zu benennen und Perspektiven ebenso wie konkrete politische Handlungsfelder aufzuzeigen. Mit Heinz-Wilhelm Brockmann (CDU) hatten wir einen in der Frage der Fortentwicklung des Schulsystems und speziell zum Thema Ganztagschule sehr kenntnisreichen und überzeugenden Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium zu Gast, der die Ganztagschule als Chance begreift und von der zunehmenden Selbstständigkeit der Schulen durch mehr Eigenverantwortung auch einen Qualitätsgewinn erwartet.

Ganztagschulen brauchen zusätzliches Personal

In die richtige Richtung wies das engagierte Plädoyer der Schulleiterin des Schiller-Gymnasiums, Karin Hechler, die klarstellte, dass die Ganztagschule Schülerinnen und Schülern nur dann gerecht werden könne, wenn genügend Personal da ist. Sie hat recht, wenn sie sagt, dass die Schule die Kinder den ganzen Tag unter ihren Fittichen hat, und zwar mit ihrem Hunger, ihrem Tatendrang und auch mit ihrer Müdigkeit. Nötig sind ihr zufolge deshalb nicht nur ausreichend Lehrpersonen, sondern auch weiteres, fest in der



Experten diskutierten in der Reihe „Frankfurter Horizonte“ mit der CDU-Fraktion: Ganztagschulexpertin Maren Wichmann, Elternbeirätin Barbara Henke, Stadtverordnete Dr. Bernadette Weyland, Schülersprecherin Melissa Schier, FAZ-Redakteur Matthias Trautsch, Ernährungswissenschaftlerin Dr. Ulrike Kreinhoff, Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann und Schulleiterin Karin Hechler. Bilder: Sajak

Schule tätiges Personal, das die Schülerschaft kennt: für die Mensa, für die Hausaufgabenbetreuung oder die Betreuung von Ruhezeiten.

Auch Maren Wichmann, Leiterin des bundesweiten Ganztagschulprogramms der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Berlin, sieht an einer gut funktionierenden Ganztagschule engagiert tätige Pädagogen, die guten Unterricht anbieten und offen sind für das soziale Umfeld der Schülerinnen und Schüler. Dabei ist ihr mit Blick auf die Integrationsproblematik zuzustimmen, wenn sie sich mehr Lehramtsstudierende aus Einwandererfamilien wünscht, denn vernünftige und selbst gut integrierte Vorbilder sind nicht nur für einheimische Kinder, sondern gerade auch für jene aus den Kulturkreisen Südosteuropas oder des Nahen Ostens von großer Wichtigkeit.

Gute Ernährung und Schulkantinen als Sozialräume

Zum Thema „Gesundes Essen“ unterstrich Dr. Ulrike Kreinhoff von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. die

Wichtigkeit eines warmen Mittagessens nach den Qualitätsstandards des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Gutes Essen ist zudem wichtig für soziale Netzwerke in der Schule. Schulleiterin Hechler ist völlig recht zu geben, so trivial das auch klingen mag: Nur wer nicht hungrig ist, kann sich konzentrieren und lernt gut. Hier ist der Schulträger gefordert, im Sinne der oben genannten Zielsetzung eine für jede Schule passende Essensversorgung sicherzustellen. Dass es in diesem Bereich noch erhebliche Kinderkrankheiten gibt, darauf hat uns bei der Diskussion Melissa Schier vom StadtschülerInnenRat eindringlich hingewiesen. Am Helmholtz-Gymnasium zum Beispiel steht für den Mensabetrieb nur ein Klassenraum für 60 Schülerinnen und Schüler zur Verfügung, in dem sich die Kinder aber nur aufhalten dürfen, wenn sie die angelieferten Mahlzeiten einnehmen. Solche Zustände sind auf Dauer nicht haltbar. Die Mensa der Schule von morgen muss ein Sozialraum in der Schule sein, in dem sich jeder aufhalten darf, um sein Pausenbrot zu essen oder etwas mit seinen Klassenkameraden zu besprechen.



Nachgefragt: Das Podium des Fraktions-Forums „Frankfurter Horizonte“ zum Thema Bildung im Haus am Dom stand Rede und Antwort.

Bild: Sajak

Zum Tode von Dr. Horst Kraushaar

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 13. Juni 2010 im Alter von nur 63 Jahren der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Dr. Horst Kraushaar. Der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Boris Rhein, und der Stellvertreter Dr. Kraushaars, Helmut Heuser, würdigen den Verstorbenen.



Bild: Weis

Mit Dr. Horst Kraushaar verlieren wir einen großartigen Kommunalpolitiker, der die CDU-Fraktion mit Herz und Verstand zu führen wusste: Moderat, kollegial im besten Wortsinne und hart in der Sache, wo es nötig war. Sein Tod reißt eine Lücke, die nicht leicht zu schließen sein wird.

Dr. Horst Kraushaar, geboren in Eltville und von Beruf Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, war seit 1986 Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Von 1999 bis 2005 führte er den CDU-Stadtbezirksverband Nordend. Er war Mitglied des Ortsbeirates 3 (Nordend) von 1993 bis 2003 und gehörte seitdem der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung an. 2009 wählte ihn die CDU-Fraktion zu ihrem Vorsitzenden.

Besonderer Fleiß, profunde Sachkenntnis, Verlässlichkeit, Vertrauenswürdigkeit und ein auf liebenswürdige Art aufblitzender Humor zeichneten ihn aus. Gestützt auf seine umfangreiche juristische Ausbildung und Berufstätigkeit hat Dr. Horst Kraushaar sein fast 20 Jahre währendes kommunalpolitisches Handeln immer als ehrenamtlichen Dienst für das Gemeinwesen aufgefasst, ganz besonders für Frankfurt am Main, die Stadt, in der er studierte und die Stadt, in der er seit 1975 mit Familie heimisch geworden war. Dabei war er der wohlthuende Typ eines Politikers, der nicht die eigene Person in den Vordergrund stellte, sondern dem gute Ergebnisse für die Stadt und ihre Bürger wichtig waren. Seine besondere Aufmerksamkeit galt dem Wirtschaftsstandort Frankfurt, dessen Wohl und Wehe für Dr. Horst Kraushaar

mit dem Frankfurter Flughafen und seinem Ausbau verbunden war. Neue Arbeitsplätze versprach er sich insbesondere durch das Airrail Center, den neuen Stadtteil Gateway Gardens und das House of Logistics and Mobility (HOLM), für dessen Ausbau zu einem international führenden Standort für Forschungsaufenthalte, Kongresse sowie Messen und Ausstellungen er sich besonders engagierte.

Die Frankfurter CDU hat Dr. Horst Kraushaar viel zu verdanken. Wir trauern um einen menschlich angenehmen und über die Parteigrenzen hinweg geschtzten Stadtverordneten, einen langjährigen Weggefährten und guten Freund. Er wird uns als Führungskraft und Ratgeber sehr fehlen. Wir werden Dr. Horst Kraushaar nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



INHALT

- 10 CDU-Kreisvorsitzender Boris Rhein ist neuer Hessischer Innenminister
- 12 Das große Familienfest der Frankfurter CDU
- 16 Der Ehrenabend 2010 der Frankfurter CDU
- 17 Verabschiedung von Joachim Lumperda
- 18 Erika Steinbach und Dr. Matthias Zimmer besuchen Sanofi-Aventis
- 19 Besichtigung der Messehalle 11 und des Portalhauses
- 19 Die Bedeutung des Europaviertels für Frankfurt
- 19 Gelungenes Sommerfest der CDU Höchst/Unterliederbach
- 20 Sommergespräch zum Thema Integration
- 20 LSU auf dem Christopher Street Day 2010
- 21 Fachausschuss Wirtschaft über die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken
- 21 Das Sommerfest der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung
- 22 Die Senioren Union im Moskauer Kreml
- 22 Vortrag von Staatssekretärin Müller-Klepper
- 23 Der Israel-Besuch der JU Frankfurt
- 24 Das Grillfest der Jungen Union Frankfurt
- 24 Besuch von Freunden
- 24 Die JU Süd auf dem Schweizerstraßenfest
- 25 Die Frauen Union zu Besuch im Europaparlament
- 26 Das Kommunalwahlprogramm der Frauen Union
- 26 Dr. Schlarmann in Frankfurt am Main
- 27 Keine Wiedereinführung des Fiskusprivilegs bei Insolvenzen
- 27 Besuch des GSI-Helmholtzzentrums für Schwerionenforschung

CDU-Kreisvorsitzender Boris Rhein ist der neue Hessische Minister des Innern und für Sport

Seit dem 31. August ist der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, der frühere Innenstaatssekretär Boris Rhein, neuer Minister des Innern und für Sport des Landes Hessen. Er übernahm das Amt von Volker Bouffier, der seinerseits Roland Koch im Amt des Hessischen Ministerpräsidenten nachfolgte.

Obwohl dem Frankfurter CDU-Vorsitzenden die neue Aufgabe an sich mehr als vertraut ist, war er doch bis zu seiner Ernennung zum Innenminister seit dem 5. Februar 2009 Staatssekretär im von Volker Bouffier geführten Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, so ist dennoch die Fülle des nun von ihm allein vertretenen Aufgabenbereichs mehr als beachtlich.

Als oberster Dienstherr steht Staatsminister Rhein nicht nur den mehr als 19.000 Bediensteten der Hessischen Landespolizei vor, sondern auch den etwa 200 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landesamtes für Verfassungsschutz. Mit diesen rund 20.000 Landesbediensteten werden in Hessen Tag für Tag die Kriminalität in allen nur denkbaren Formen bekämpft und Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes sowie die gesamte Bundesrepublik Deutschland abgewehrt. Darüber hinaus steht der



Die neue Hessische Landesregierung auf den Stufen des Wiesbadener Landtags.

Bild: dpa

CDU-Kreisvorsitzende Boris Rhein in seiner Funktion als Innenminister auch den landesweit fast 77.000 haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten vor und steuert den hochmodernen Katastrophenschutz des Landes Hessen, der vor allem durch das Technische Hilfswerk personell unterstützt wird. Bereits in seiner Zeit als Innenstaatssekretär hat Boris Rhein die aus den zentralen Sicherheitsinstitutionen der Landespolizei, der Feuerwehr, dem Katastrophenschutz und dem Verfassungsschutz bestehende Sicherheitsarchitektur in entscheidender Weise mit ausgebaut, was sich vor allem in dem bundesweit noch immer einmaligen und im Hessischen Innenministerium zentral angesiedelten Krisenstab mit hochmodernem Krisenzentrum widerspiegelt. Mit Hilfe dieses Krisenzentrums ist Innenminister Boris Rhein jederzeit in der Lage, schnellstmöglich auf große Unglücksfälle und Schadensereignisse im gesamten Land zu reagieren. Als Vorsitzendem des Krisenstabs fällt es Innenminister Rhein auch zu, in Krisen- und Konfliktfällen die letzte Entscheidung über das staatliche Handeln zu treffen.

Darüber hinaus sind dem Innenminister des Landes alle drei Hessischen Regierungspräsidien (Kassel, Gießen und Darmstadt) direkt untergeordnet, ebenso wie der Landeswahlleiter, der alle Wahlen in Hessen zu organisieren und durchzuführen hat, und der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für behinderte Menschen. In seiner Funktion als Sportminister fällt Boris Rhein schließlich auch die besondere Aufgabe zu, die mehr als 2 Millionen Sportler in Hessen, darunter etwa 800.000 Kinder und Jugendliche, in ihren vielfältigen Aktivitäten zu unterstützen und zu fördern. Alleine im letzten Jahr hat das Hessische Innenministerium hierfür mehr als 54 Millionen Euro aufgewandt, um Hessens Spitzenposition als Deutschlands Sportland Nummer eins auszubauen und die Infrastruktur der unzähligen Sportvereine nachhaltig zu stärken. Und als ob diese umfassende Aufgabenfülle und die damit einhergehende Verantwortung noch nicht genug wären, fällt Innenminister Rhein auch noch die Obliegenheit zu, die oberste Aufsicht über alle Kommunen des Landes auszuüben und etwa die städtischen Haushalte zu bewilligen; unter anderem auch den der Stadt Frankfurt am Main, dem er erst vor wenigen Wochen die erforderliche Genehmigung erteilte. Für diese mehr als beeindruckende Fülle an verantwortungsvollen Pflichten wünscht die Frankfurter CDU ihrem Vorsitzenden, der vor ein paar Wochen zusammen mit dem Generalsekretär der CDU Hessen, Peter Beuth MdL, auch noch in den Bundesfachausschuss Innenpolitik der CDU Deutschlands berufen wurde, weiterhin viel Erfolg und vor allem Gottes Segen! (wr)



Der neugewählte Hessische Minister des Innern und für Sport, Boris Rhein, erhält von Ministerpräsident Volker Bouffier seine Ernennungsurkunde.

Bild: dpa



Der neue Hessische Innenminister vor Ort in Frankfurt: Boris Rhein hilft ZGF-Geschäftsführer Christof Schenck in eine von 100 ausgerangierten Polizeiuniformen, die er an die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) übergab. Die ausgerangierten Uniformen werden ins äthiopische Hochland geschickt, wo sie als neue Dienstkleidung der ZGF-Parkranger dienen sollen. Bild: Weis

Das große Familienfest der Frankfurter CDU



Sie waren der allererste „Showact“ des CDU-Familienfests und brachten das NordWestZentrum mit einem eindrucksvollen Auftritt in Stimmung: die 1. deutsche Marching Band „The Sound of Frankfurt“.

Bild: Roos

Am 11. September feierte die Frankfurter CDU ihr Familienfest im Frankfurter NordWestZentrum und bot zahlreichen Besuchern neben Attraktionen speziell für die Kleinen auch ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. Der Höhepunkt des Bühnenprogramms, in dem u. a. die Kinderanzuggruppe „Playback-Kids“, die Flamencogruppe „Estrellas de Sol“, die „Imagine Crew“, die Square Dancer „Beaux & Belles SDC Frankfurt“, der Polizeichor Frankfurt am Main sowie das Duo „Zweigleisig“ das Publikum erfolgreich aufwärmten, war der viel umjubelte Auftritt des bekannten Sängers Roberto Blanco. Innenminister Boris Rhein, Vorsitzender der Frankfurter CDU und damit Gastgeber des Familienfestes, zeigte sich äußerst zufrieden über den Zulauf und den sehr großen Zuspruch, dessen sich sowohl das gebotene Festprogramm als auch die anwesenden Spitzenpolitiker der Union

aus Stadt und Land erfreuen durften. Innenminister Rhein und der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, der ebenfalls an dem Fest teilnahm und gemeinsam mit Frank-

furter CDU-Vorsitzenden einen ausführlichen Rundgang durch das NordWestZentrum unternahm, machten in ihren Reden, aber auch in persönlichen Gesprächen mit den Bürgern



Machten während des großen Rundgangs auch beim Kinderschminken Halt: Ministerpräsident Volker Bouffier mit seiner Ehefrau und dem CDU-Kreisvorsitzenden Boris Rhein (in der Bildmitte).

Bild: Mahnke

deutlich, dass die Union mit dem Fest ihre besondere Verbundenheit mit den Familien zeige. „Wir wollen den Menschen Mut machen, eine eigene Familie zu gründen, Kinder großzuziehen und ihnen zusagen, dass wir sie auf diesem oftmals schwierigen Weg begleiten und dauerhaft unterstützen. Die Familien sind nach wie vor der Kern unserer Gesellschaft. Ohne Familien kann unsere Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren“, so Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Rhein, die auf dem Fest gemeinsam für die neue „FamilienKarte“ des Landes Hessen warben. Mit der Familienkarte Hessen (www.familienkarte.hessen.de), so machten Bouffier und Rhein deutlich, werde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik jungen Familien ein einmaliges Unterstützungsprogramm geboten, das bewusst und effektiv bestehende Familien in ihren vielfältigen Nöten unterstütze und jungen Menschen die Entscheidung zur Gründung einer eigenen Familie er-



Sie werfen gleich ihr „Lasso“ los: die Kindertanzgruppe „Playback-Kids“ der Goldenen Elf. Bild: Roos

leichtern werde. Am Ende des Familienfestes bedankte sich Innenminister Rhein auch bei allen Bürgern für das Vertrauen, das der Union in Frankfurt entgegengebracht werde, und versicherte, dass die Frankfurter CDU sich als „die Familienpartei“ verstehe. „Wir sind die Familienpartei und da-

mit der politische Partner, der die Anliegen von Familien in den Mittelpunkt aller unserer Aktivitäten stellt. Wir versprechen den Frankfurter Familien, dass wir unsere Heimatstadt zu Deutschlands Familienstadt Nummer eins machen werden!“ (wr)



Gekonnte Selbstverteidigung ist auch für Frauen ein Thema: (v. l.) Moderator Michael Münkner lässt sich von Boxtrainer und „CDU-Urgestein“ Freddy Wegner das Training der Mädchengruppe des Boxclub Eintracht Frankfurt erklären. Bild: Roos



Ob Brüssel oder Berlin, die Frankfurter CDU ist überall gut vertreten: (v. r.) Europaabgeordneter Thomas Mann mit Moderator Michael Münkner und dem Bundestagsabgeordneten Matthias Zimmer bei einem Podiumsgespräch. Bild: Roos



Begeisterten mit eindrucksvollen Flamencotänzen: die „Estrellas de Sol“.
Bild: Roos



Nicht täuschen lassen: Der Zauberkünstler „Gutelli“ begeisterte nicht nur die Kleinen, sondern brachte auch viele Ältere zum Schmunzeln.
Bild: Roos



Authentischer dürfte es kaum gehen – direkt aus den Rödelheimer Straßen: die Wirbelwinde der „Imagine Crew“ mit ihrem „Freestyle Dancing“.
Bild: Roos



Sie brachten selbst die Bühne zum Mittantzen: Square Dance mit „Beaux & Belles SDC Frankfurt“.
Bild: Roos



Innenminister Boris Rhein mit Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Kulturdezernent Prof. Dr. Felix Semmelroth und Stadtrat Edwin Schwarz während eines Podiumsgesprächs auf der Festbühne (v. l.).
Bild: Mahnke



Der Familienfest-Moderator, Michael Münkner (bekannt aus Radio FFH), bei der Verteilung von Gewinnspielpreisen
Bild: Roos



Hinter den Kulissen des Familienfests: Eifrige Helfer der JU Frankfurt bei der Arbeit
Bild: Wernet



Der große Infostand der CDU Frankfurt zu Beginn des Familienfests
Bild: Roos



Der Frankfurter CDU-Vorsitzende Boris Rhein im Gespräch mit den eifrigen Helfern der JU Frankfurt (v. r.)
Bild: Mahnke



Gemeinsam für ein besseres Frankfurt: Innenminister Boris Rhein mit zwei Besuchern des CDU-Familienfests. Bild: Roos



Hier blieb kein Platz für schlechte Laune: „The Sound of Frankfurt“ auf der großen Showbühne inmitten des NordWestZentrums. Bild: Roos



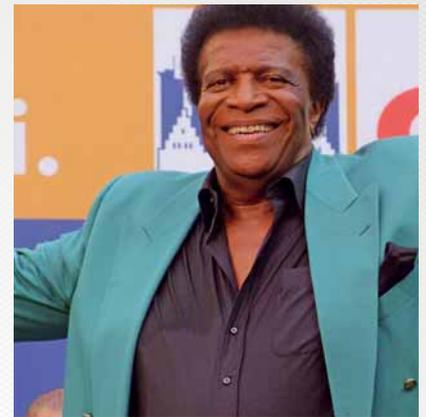
Im Handumdrehen wurden Kinder zu kleinen Künstlern: das Specksteinschnitzen in der „Zwerkstatt“. Bild: Roos



Die Hip-Hop-Tanzgruppe „Bloc Chok“ heizt dem Publikum mächtig ein. Bild: Roos



Wurden von der Gruppe „Bloc Chok“ unterstützt: das Duo „Zweigleisig“ mit der Sängerin Nadine Kraft und Mike K. Downing. Bild: Roos



Er war der große Star des Bühnenprogramms und begeisterte das Frankfurter NordWestZentrum einmalig: der berühmte Sänger Roberto Blanco. Bild: Roos



Die CDU-Bühne während des großartigen Auftritts von Roberto Blanco. Bild: Roos



Ein unschlagbares Team, das den Erfolg des Familienfests garantierte: Innenminister Boris Rhein mit Roberto Blanco, Zentrumsmanager Georg Lackner und CDU-Kreisgeschäftsführer Christian Wernet (v. l.). Bild: Roos



Stimmgewaltig sorgten sie für (Stimmungs-)Sicherheit: Der Polizeichef Frankfurt am Main e. V. zusammen mit Moderator Michael Münkner, Ministerpräsident Volker Bouffier und dem Frankfurter CDU-Vorsitzenden Boris Rhein (in der Bildmitte, v. l.). Bild: Roos

Der Ehrenabend 2010 der Frankfurter CDU

Wer als Außenstehender wirklich einmal erfahren will, was die Frankfurter CDU zusammenhält und was sie in besonderer Weise auszeichnet, dürfte diesen Termin, den Ehrenabend der Frankfurter CDU, eigentlich nicht verpassen – wenn er denn eine der begehrten Einladungen zu diesem einmaligen Ereignis erhalten würde.



Wurde in Anwesenheit von seiner Ehefrau, Stadträtin Erika Pfreundschuh, für seine über 50-jährige Mitgliedschaft in der CDU geehrt: das Frankfurter „Urgestein“ Oskar Pfreundschuh (v. r.).
Bild: Roos

Als die Frankfurter CDU am 29. Juni zu ihrem diesjährigen Ehrenabend einlud, kamen erstmalig sowohl altgediente Parteifreundinnen und Parteifreunde als auch zahlreiche Neumitglieder zusammen, um gemeinsam im Ginnheimer Restaurant „Blau-Gelb“ Erfahrungen miteinander auszutauschen und ausgiebig zu feiern. Trotz nahezu tropischer Temperaturen, die an diesem Tag das Tempo in ganz Frankfurt bestimmten, füllte sich der kleine Festsaal innerhalb kürzester Zeit.

Bevor der Gastgeber des Ehrenabends, der Frankfurter CDU-Vorsitzende und Innenminister Boris Rhein, das mehrgängige Festmenü eröffnete, zeichnete er die im Mittelpunkt des Abends stehenden Jubilare – u. a. Maria Schneider, Gerhard Heinrich, Gerhard Maurer, Dieter Mönch, Oskar Pfreundschuh und Clemens Maria Walke – für ihre mehr als 50-jährige CDU-Mitgliedschaft aus. In einer der Ehrung voran-

gehenden Rede ließ daher der Hessische Innenminister noch einmal die letzten fünf Jahrzehnte Revue passieren. Er zeigte auf, bei welchen herausragenden Ereignissen die Jubilare als Zeitzugzeugen zugegen waren und als engagierte Parteimitglieder die politischen Ziele der Union in der Bevölkerung mit vertraten. Aufgrund der bewegenden und zahlreiche Erinnerungen wachrufenden Rede des CDU-Kreisvorsitzenden überraschte es kaum, dass nicht wenige der Jubilare auch selbst noch einmal das Wort ergriffen und – wie etwa der langjährige Landtagsabgeordnete Rudi Friedrich – ihre eigenen Erlebnisse in der Frankfurter CDU schilderten. Alle schlossen sich Friedrichs Appell an die Geschlossenheit und den Mut der Union an und stimmten mit ihm überein, dass gerade die langjährige Mitgliedschaft in der Frankfurter CDU ein prägendes und vitalisierendes Element eines bürgerlichen Engagements sein kann. (wr)



Auch sie standen im Mittelpunkt des Ehrenabends: die zahlreichen jungen Neumitglieder der Frankfurter CDU.
Bild: Roos



Der kleine Festsaal des Restaurants „Blau-Gelb“ während des Ehrenabends
Bild: Roos



Innenminister Boris Rhein würdigt den langjährigen Landtagsabgeordneten Rudi Friedrich mit einer eigenen Laudatio.
Bild: Roos

Joachim Lumperda in den Ruhestand verabschiedet

Leiter des Finanzwesens des CDU-Kreisverbandes beendet hauptamtliche Tätigkeit

Auch wenn viele es noch immer kaum glauben wollen: Joachim Lumperda, der langjährige Leiter des Finanzwesens des CDU-Kreisverbandes, ist zum 31. Juli unmittelbar nach Vollendung seines 63. Lebensjahres in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Am 19. August lud daher der Frankfurter CDU-Vorsitzende, Innenminister Boris Rhein, zu einem Abschiedsempfang in den „Schwarzen Stern“ am Römerberg ein. Dort hatten viele Weggefährten die Gelegenheit, ihre langjährige Zusammenarbeit mit ihm noch einmal Revue passieren zu lassen und ihm für seine kollegiale Unterstützung zu danken. Herr Lumperda übernahm am 1. April 1994 die Aufgabe als Leiter des Finanzwesens für den Frankfurter CDU-Kreisverband.

Es wurde die dritte und letzte Arbeitsstelle in seinem Erwerbsleben, bevor ihn die Frankfurter Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg für den CDU-Kreisverband gewinnen konnte. In seiner für die gesamte Frankfurter CDU zentralen Funktion wurde ihm die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen, die mittlerweile etwas in die Jahre gekommene Buchhaltung des Kreisverbandes ebenso wie das Personalwesen zu übernehmen und zu modernisieren. Joachim Lumperda musste neben zwei Umzügen der Kreisgeschäftsstelle annähernd zwanzig Wahlkämpfe finanziell vorplanen und buchhalterisch begleiten. In besonderer Erinnerung bleiben ihm die Ereignisse rund um die sogenannte „Spendenaffäre“. Da er als Leiter des Finanzwesens auch für die Erstellung des jährlichen Rechenschaftsberichts (Bilanz) zuständig war und dieser wiederum in den Rechenschaftsbericht des Landesverbandes der CDH Hessen einfließt, fiel ihm auch



*Frohgelante Verabschiedung im „Schwarzen Stern“ am Frankfurter Römerberg: Innenminister Boris Rhein während seiner Rede mit Joachim und Ingeburg Lumperda (v. l.).
Bild: Roos*

schließlich die „Ehre“ zu, gegenüber dem „Spendenaffären-Untersuchungsausschuss“ des Landtages über das Rechnungswesen des Kreisverbandes Auskunft zu geben. Insbesondere mit Blick auf diese Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss stellte auch der CDU-Vorsitzende und Innenminister in seiner Dankesrede an Joachim Lumperda fest: „Als junger Landtagsabgeordneter, der an den Sitzungen des Ausschusses teilnahm, war ich zutiefst beeindruckt, in welcher ruhiger und vor allem souveräner Weise Herr Lumperda die ihm gestellten Fragen wahrheitsgemäß und kompetent beantwortete.“

Mit der ihm eigenen sachlichen und humorvollen Art entkräftete er nahezu unwidersprochen die gegen die Frankfurter CDU gerichteten Vorwürfe und entkrampfte eine von künstlich überzogener Aufregung geprägte Ausschusssitzung! Tatsächlich führten sowohl die durch die Rechnungsprüfer des Kreisverbandes vorgenommenen internen Finanzprüfungen als auch die zusätzlich durch externe Prüfungsgesellschaften durchgeführten Revisionen zu keinerlei Beanstandungen. Demzufolge hinterlässt Joachim Lumperda, der in seiner

Funktion auch für die Aufstellung der jährlichen Haushaltspläne und die Budgets für Wahlkämpfe und unzählige Großveranstaltungen zuständig war, ein geordnetes und mit solidem Fundament versehenes Haus.

Durch seine fachkundige und gewissenhafte Arbeit für die Kreisvorsitzenden Petra Roth, Dr. Walter Wallmann, Udo Corts und schließlich Innenminister Boris Rhein hat er sich großes Ansehen weit über die Grenzen der Frankfurter CDU hinaus erworben. Selbst während einer schweren langen Erkrankung im vergangenen Jahr, die er mit eiserner Disziplin und starkem Willen überwand, stand er dem Kreisverband beratend zur Seite und blieb ein verlässlicher Partner. Der Kreisvorstand der Frankfurter CDU wie auch die von ihm innerhalb der Beitragsabrechnung betreuten Mitglieder und Mandatsträger schätzten seinen hintergründigen Humor und sein zuvorkommendes herzliches Wesen. Insbesondere seine Kolleginnen und Kollegen werden ihn sehr vermissen. Ganz in diesem Sinne wünschten sie ihm auf dem Abschiedsempfang, dass er noch lange und oft an seine geliebte Nordsee reisen kann. Lieber Herr Lumperda, alles Gute!

Klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main

Die CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach und Dr. Matthias Zimmer informierten sich bei Sanofi-Aventis im Industriepark Höchst über neue Entwicklungen.



Dr. Knollmeyer, Dr. Matthias Zimmer MdB, Erika Steinbach MdB, Dr. Riederer vor Ort bei Sanofi-Aventis im Industriepark Höchst (v. l.).
Bild: Sanofi-Aventis

Die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach und Dr. Matthias Zimmer zeigten sich im Gespräch mit Dr. Heinz Riederer und Dr. Johannes Knollmeyer von Sanofi-Aventis über das klare Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main erfreut. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das ein wichtiges Signal. Das Gespräch zur Arzneimittel- und Gesundheitspolitik am Standort Frankfurt-Höchst verschaffte den Abgeordneten einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und Investitionsprojekte von Sanofi-Aventis im Industriepark.

Dr. Riederer, Geschäftsführer des Bereichs Medizin und Gesundheitspolitik bei Sanofi-Aventis, machte deutlich, dass er nach wie vor positive Perspektiven für den Forschungs- und Produktionsstandort in Frankfurt-Höchst sehe, der auch in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden soll. Der Konzern wolle aber künftig verstärkt

auf externe Partnerschaften und Zukäufe setzen, was nicht ohne Auswirkungen auf den deutschen Standort bleiben werde. Frankfurt-Höchst sei aber schon heute weltweit der größte Produktionsstandort für Insuline und verfüge über die modernsten Anlagen für deren biotechnische Herstellung.

So wurden seit dem Jahr 2000 bis heute rund 1,7 Mrd. Euro in neue Produktions- und Fertigungsanlagen, Forschungsgebäude und -einrichtungen investiert. Mit dem Aufbau einer internationalen Geschäftseinheit Diabetes, die aufgrund der strategischen Neuausrichtung von Sanofi-Aventis notwendig wurde, erfolgte eine nochmalige Aufwertung und Stärkung des Standorts im Industriepark Höchst. Künftig sollen alle erforderlichen Kompetenzen zentral und mit globaler Verantwortung für die Unternehmensgruppe dort vereint sein. Aus der Frankfurter Entwicklung und Produktion stamme beispielsweise das Lang-

zeitinsulin Lantus, das von Frankfurt aus weltweit in 100 Länder exportiert werde. Die Produktionskapazitäten von Lantus sowie der Pens, mit denen das lebenswichtige Hormon Insulin verabreicht wird, werden in Frankfurt derzeit ausgebaut und sollen noch über viele Jahre eine hohe Aktivität am Standort gewährleisten. Noch in diesem Jahr sollen weitere rund 160 Mio. Euro am Standort investiert werden. Mit Schutzmantel und -haube verhüllt erhielten die CDU-Abgeordneten Steinbach und Dr. Zimmer bei der anschließenden Besichtigung der Penfertigung einen Einblick in die Produktionsabläufe von der Herstellung bis zum Versand und waren nicht nur beeindruckt von der hochmodernen Produktionsstätte im Industriepark Höchst, sondern auch von den Millionen Insulin-Einheiten, die das Werk jährlich verlassen.

Die kontinuierlichen Investitionen in Frankfurt-Höchst belegten das Bekenntnis von Sanofi-Aventis zum Standort Frankfurt und sicherten wichtige Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet, zeigten sich die CDU-Abgeordneten Steinbach und Zimmer zum Abschluss des Besuchs überzeugt. Sanofi-Aventis habe mit seinen Investitionen am Industriestandort Frankfurt-Höchst die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen, denn die Zukunft eines Standorts hänge maßgeblich von seiner kontinuierlichen technologischen und infrastrukturellen Weiterentwicklung und Erneuerung ab. (sk)

Besichtigung der Messehalle 11 und des Portalhauses

CDU Innenstadt: Die CDU Innenstadt besuchte die Messehalle 11 und das Portalhaus unter fachkundiger Führung der Architekten Latrovalis & Meyer. Die Zahlen und Fakten zum Gebäudekomplex, die nahegebracht wurden, sind beeindruckend: In beiden Gebäuden waren in den vergangenen zwei Jahren 250 Arbeiter im Rohbau und bis zu 600 Handwerker in der Ausbauphase inklusive der Haustechnik beschäftigt. Während der gesamten Bauzeit wurden annähernd 8.000 Tonnen Baustahl und mehr als 45.000 Kubikmeter Beton örtlich verbaut. Hinzu kommen noch tausende Kubikmeter Beton und tausende Tonnen Betonstahl der eingebauten Fertigteile. Mit 48 Schwertransporten wurden Fertigteile angeliefert und montiert, die schwersten Bauteile mit einem

Einzelgewicht von bis zu 110 Tonnen. Die Holzdachkonstruktion mit einer Spannweite von ca. 80 Metern ruht auf Holzbindern, die ein Einzelgewicht von bis zu 55 Tonnen erreichen. Im Innern der neuen Halle und des Portalhauses befinden sich 17 Transformatoren mit bis zu je 1.600 Kilowatt Leistung, 300 Kilometer Starkstromkabel, 18 Kilometer Energiekabel mit 103 Datenschränken, 300 Kilometer Datenkabel und 70 Kilometer Glasfaserkabel wurden verlegt. Insgesamt verfügt die Messehalle 11 über 520 Unterverteilungen, von denen 340 nur für die Standversorgung der Aussteller vorgesehen sind. Der Anschlusswert liegt bei 19,6 Megawatt – dies entspricht etwa der Stromleistung für 650 Einfamilienhäuser. In beiden Gebäuden zusammen wurden rund

16.000 Leuchten, 2.900 Rauchmelder und 1.485 Lautsprecher installiert. Die Dimensionen solcher Bauwerke wurden erst durch die Leere begreifbar. Es war ein faszinierendes Gefühl, in dieser Halle zu stehen. Wir danken noch einmal der Messe, Herrn Behm und den Architekten Latrovalis & Meyer für die gelungene Veranstaltung. (sd)

Die Bedeutung des Europaviertels für Frankfurt

CDU Innenstadt: Nach der Veranstaltung Messehalle 11 und Portalhaus lud die CDU Innenstadt mit dem Projektentwickler aurelis in den 15. Stock des DB-Gebäudes ein. Wir wurden von Thaddäus Zajak, Geschäftsführer der aurelis, und Thomas Reinhard, Gesamtprojektleiter Europaviertel, begrüßt. Vom Dach des Hauses konnten sich alle Gäste ein Bild der größten Baustelle Europas machen und die Baufelder erklären lassen. Anschließend an die Projektvorstellung referierte Stadtrat Markus Frank über die Bedeutung des Europaviertels für den Wirtschaftsstandort Frankfurt. Nach einer Diskussionsrunde konnte man beim Get-together mit Imbiss und Getränken den Ausblick auf die Frankfurter Skyline genießen. Hierfür gilt unser besonderer Dank der Firma aurelis und allen Beteiligten! (sd)

Gelungenes Sommerfest der CDU Höchst/Unterliederbach

Auch in diesem Jahr fand wieder das traditionelle Sommerfest der CDU Höchst/Unterliederbach statt, zu dem zahlreiche Freunde und Mitglieder der CDU auf das Gelände des Vereinsrings Unterliederbach am Graubnerschen Park gekommen waren. Nach Begrüßung durch CDU-Vorsitzenden Hans-Peter Burggraf saßen die Besucher zu-

nächst bei Kaffee und Kuchen, später bei Steaks, Würstchen und kühlen Getränken bis in den späten Abend in gemütlicher Runde zusammen. Auch zahlreiche prominente CDU-Politiker waren der Einladung gefolgt. Neben den Mandatsträgern der CDU Höchst/Unterliederbach, dem Stadtverordneten Karl Leo Schneeweis und den Ortsbeiräten Hans Georg von Freyberg und Hans-Christoph Weibler, standen der Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Zimmer, der Landtagsabgeordnete Alfons Gerling, der Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Helmut Heuser, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 6, Uwe Serke, sowie der Vorsitzende der Jungen Union West, Stefan Köhler, den Besuchern für Fragen und Gespräche zur Verfügung. (vw)



Bund gegen Land beim Tischfußball: CDU-Vorsitzender Hans-Peter Burggraf und Landtagsabgeordneter Alfons Gerling (links) gegen Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Zimmer und Stadtverordneten Karl Leo Schneeweis (rechts). In der Mitte CDU-Vorstandsmitglied Matthias Thiel mit dem Pokal. Bild: Privat



aurelis-Geschäftsführer Thaddäus Zajak mit Stadtrat Markus Frank und Projektleiter Thomas Reinhard (v. l.). Bild: Kammerer

Sommorgespräch zum Thema Integration

CDU Dornbusch: Bei hochsommerlichen Temperaturen traf sich die CDU Dornbusch im „Neuen Volkswirt“, um Fragen der Integration und deren Grenzen für die Sozialsysteme zu diskutieren. Dazu lud sie den türkischstämmigen Landtagsabgeordneten Ismail Tipi aus dem Kreis Offenbach und unseren Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Zimmer ein. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden der CDU Dornbusch, Alexander Schart. Tipi wurde zugleich mit der Frage konfrontiert, ob er sich eher als Türke oder als Deutscher fühle? Dieser antwortete schlagfertig, dass er sich als Deutscher fühle, dessen Familie vor Jahren aus der Türkei ausgewandert, und er nun stolz sei, in der hessischen CDU seine politische Familie gefunden zu haben. Vor allem

stellte Tipi klar, dass Integration keine Einbahnstraße ist, bei der nicht am Ende das Erlernen der deutschen Sprache steht, sondern am Anfang. Sonst finde man sich als Migrant sehr schnell in einer Sackgasse wieder. Dr. Zimmer, der für die wichtigen Sozialfragen unserer Zeit zuständige Abgeordnete, pflichtete Tipi bei, hob aber nochmals die Gefahr einer gezielten Integrationsflucht in unsere Sozialsysteme hervor. Beide Kontrahenten waren sich einig, dass Integration nur dann eine Erfolgsgeschichte werden kann, wenn die Politik die Rahmenbedingungen stärker betont und Leitlinien für eine geordnete und sichere Integration schafft, an denen sich Integration und deren Erfolg für die Gesellschaft messen lassen. Zum Schluss gab der Moderator das „Zepter“ an das



Der Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Zimmer mit dem Vorsitzenden der CDU Dornbusch, Alexander Schart, und dem Landtagsabgeordneten Ismail Tipi (v. l.).
Bild: Privat

Publikum ab, um dessen Fragen und Wünsche mit beiden Politikern zu erörtern. Das Fazit des Publikums war beeindruckend: Jeder, der sich integrieren will, kann dies auch schaffen. Da die Mehrheit des Publikums selbst aus überwiegend eingewanderten Frankfurtern bestand, glaubte man „Volkes Stimme“ sofort. (as)

LSU auf dem Christopher Street Day (CSD) 2010

Lesben und Schwule in der Union (LSU): Jedes Jahr im Juli heißt es, die Plakate, den Infostand und unsere Programme auf Hochglanz zu bringen, um den Christopher Street Day (CSD) zu feiern. Er ist die wichtigste Demonstration lesbischer und schwuler Rechte

weltweit. Auch für die Frankfurter LSU bedeutete dies wieder, vollen persönlichen und organisatorischen Einsatz zu zeigen. Unter dem Motto „Stolz auf unsere Vielfalt“ fand am Wochenende des 17. und 18. Juli wieder Hessens größter Christopher Street Day rund um die Konstablerwache statt. Das gute Wetter und ein sehr gelungener Auftritt unseres stadtbekanntes Mitgliedes Bäppler-Wolf (Bäppi La Belle) brachten uns bei der samstäglischen Parade einen bisher nie da gewesenen Presseauftritt in allen überregionalen Zeitschriften und Internetmedien. Der fast dreistündige Umzug durch die Frankfurter Innenstadt wurde von tausenden Zuschauern interessiert und begeistert verfolgt. Aber auch unser Informationszelt war an beiden Tagen bestens besucht und wir konnten uns den interessierten Fragen der Bürger, gerade auch zur aktuellen Politik, stellen. Für viele Bürger ist dies

inzwischen ein beliebter Anlaufpunkt, um in der Mitte des Jahres Ansprechpartner der Politik persönlich zu treffen. So bekamen wir erneut politische Unterstützung durch Jürgen Banzer, zu diesem Zeitpunkt noch Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, der als Vertreter der Landesregierung den CSD mit eröffnete. Bedauert wurde hingegen das fehlende Engagement der Union bei der Podiumsdiskussion, die uns die Möglichkeit geboten hätte, unserer konservativen Wählerschicht auch hier ein geeignetes Forum zu bieten. Doch die stete Begeisterung und Präsenz der LSU-Mitglieder vor Ort hat sicherlich auch der erfolgreichen Frankfurter Union wieder ein wenig mehr Unterstützung bringen können. Denn gerade wir als Volkspartei können stolz sein auf die Vielfalt in unserer Mitte. Auch in einer solch bunten Welt, wie beim Frankfurter Christopher Street Day. (as)



Das Team der Frankfurter LSU vor dem Festwagen. In der Bildmitte Thomas Bäppler-Wolf (Bäppi La Belle) mit dem Frankfurter LSU-Vorsitzenden Alexander Schart (v. l.).
Bild: Privat

Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken darf nicht zu wettbewerblichen Verzerrungen führen!

CDU-Fachausschuss Wirtschaft: Der Vorstandsvorsitzende der Mainova AG, Dr. Constantin H. Alsheimer, referierte bei seinem Besuch des Frankfurter CDU-Fachausschusses Wirtschaft über die vielfältigen Herausforderungen, denen sich die Mainova als wichtigster kommunaler Energieversorger der Rhein-Main-Region in Zukunft stellen wird. Erklärtes Ziel der Mainova sei zum Beispiel, den in der Stadt Frankfurt benötigten Strom zu 100 Prozent selbst zu generieren (derzeit ca. 65 Prozent) und dabei die strengen ökologischen Auflagen von Stadt, Land und Bund zu berücksichtigen. Hierfür werde die Mainova in den nächsten Jahren rund 500 Mio. Euro investieren. Im Rahmen seines Vortrages führte Dr. Alsheimer aus, dass die derzeitige Wettbewerbssituation zu Gunsten der vier großen Stromkonzerne verzerrt sei, da diese den deutschen Strommarkt mit einem Anteil von 80 Prozent klar dominierten

und gleichzeitig nahezu alleine über die kostengünstige Kernenergie verfügten. Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke müsse daher mit einer weitgehenden Abschöpfung der entstehenden Mehrerlöse einhergehen, die den Zukunftsfeldern der Energiegewinnung zuzuführen und allen Marktteilnehmern zugänglich zu machen seien. Sonst sei nicht mit einer



Der Vorsitzende des CDU-Fachausschusses Wirtschaft, Christoph Fay, mit dem Vorstandsvorsitzenden der Mainova AG, Dr. Constantin H. Alsheimer (v. l.).

Bild: Roos

Verbesserung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen zu rechnen und somit nicht mit Strompreissenkungen. Der Fachausschuss teilte die Befürchtungen Dr. Alsheimers bezüglich einer drohenden Wettbewerbsverzerrung aufgrund der bevorstehenden Laufzeitverlängerungen. Christoph Fay sagte Dr. Alsheimer zu, dass der Fachausschuss Wirtschaft die Erzeugungsstrategie der Mainova AG unterstützen werde, und forderte die Bundesregierung nachdrücklich auf, die wirtschaftlichen Interessen kommunaler Energieerzeuger zu beachten und zu unterstützen. Dafür sei es erforderlich, die Zukunft der Energieproduktion dezentraler als bisher auszugestalten, um mehr Wettbewerb zu ermöglichen. Regelungen zu Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken müssten daher eine Veränderung von Marktanteilen zugunsten kleinerer, kommunaler Energieerzeuger gewährleisten, betonte Fay. (ob)

Das Sommerfest der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV)

Bei subtropischen Temperaturen feierte die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der Frankfurter CDU (OMV) Anfang Juli ihr traditionelles Sommerfest auf dem Gelände der Evangelischen Wartburggemeinde im Nordend. Den zahlreichen und auch wegen des hervorragenden Sommerwetters bestens gelaunten Besuchern wurde nicht nur ein großes und äußerst schmackhaftes Grillbuffet angeboten. Ebenso nutzen viele Mitglieder und Freunde der Frankfurter OMV die Gelegenheit, zusammen mit ihrem Vorsitzenden Justus Schieback und dem OMV-Vorstandsmitglied Ulrich Caspar MdL über alle nur denkbaren Bereiche der alltäglichen Politik zu diskutieren. Ein besonderer Dank gilt auch diesmal wieder Gisela Zalewski für die Organisation des Festes und Christof Schubert für seinen unermüdlichen Einsatz am Grill! (red)



Der Vorsitzende der OMV Frankfurt, Justus Schieback, mit den OMV-Vorstandsmitgliedern Ulrich Caspar MdL und Markus Graff, Vorsitzender der CDU Bergen-Enkheim, auf dem Sommerfest (in der Bildmitte v. l.).

Bild: Roos

Die CDU im Kreml

Senioren Union: Ohne auf größeren Widerstand zu treffen, gelangte eine 35 Mann/Frau starke Gruppe der Frankfurter Senioren Union und CDU am 16. Mai in Russlands Machtzentrum, dem Kreml in Moskau. Einem Gerücht zufolge soll Stadtrat Christof Warnke,



Die Reisegruppe der Frankfurter Union zu Fuß im Kreml unterwegs.

Bild: Privat

der die Gruppe anführte, an der Kremelmauer gerüttelt und gerufen haben: „Da will ich hinein.“ Und sofort habe sich das Tor des Turms der Dreifaltigkeit geöffnet. Warnke dementierte freilich das Gerücht. Er habe nicht die Absicht gehabt, die Kremelmauer zum Einsturz zu bringen. Die Mauer habe auch standgehalten und der Kongress- und der Präsidentenpalast seien verschlossen geblieben. Nur die Kathedralen auf dem Kremelgelände hätten der Gruppe offenstanden und seien deshalb auch friedlich besichtigt worden. Warum dann aber ein gewaltiges Gewitter über dem Kreml niederging, so dass sich die CDU-Gruppe unter einem Torbogen fluchtartig in Sicherheit bringen musste, blieb ohne Erklärung. Neun Tage lang weilte die Reisegruppe in Russland. Ihr Aufenthalt in dem riesigen Land begann am 9. Mai in St. Petersburg, wo Plakatwän-

de an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor genau 65 Jahren erinnerten. Eine Stadtrundfahrt gab einen Eindruck von der faszinierenden Stadt an der Newa. Ausflüge zum Peterhof, dem russischen Versailles, und zum Katharinenhof in Puschkin begeisterten. Dann ging es mit dem Schiff über die Newa, den Ladogasee, den Onegasee, das Wolga-Baltische-Kanalsystem und die Wolga nach Moskau. Zwischendrin gab es Besichtigungen in Mandrog, Goritzky und Uglitsch. Junge Mitglieder der Schiffsbesatzung, Studenten, die sehr gut Deutsch sprachen und sich auf dem Schiff das Geld für das nächste Studiensemester verdienten, informierten über die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Russland. Dabei beeindruckte, wie sie in der Hoffnung leben, dass alles besser werde. Jammern war nicht zu hören. (cw)

Staatssekretärin Petra Müller-Klepper bei der Senioren Union

Über die „Sozialpolitik der Hessischen Landesregierung“ sprach die Staatssekretärin Petra Müller-Klepper im Sommer bei einer Veranstaltung der Frankfurter Senioren Union im Haus Ronneburg. Im Zentrum ihrer Ausführungen stand dabei die Seniorenpolitik. Angesichts der demographischen Entwicklung werde der Hilfebedarf für ältere Menschen zunehmen. Gleichzeitig werde die Zahl der Erwerbstätigen abnehmen, weil es an Nachwuchs fehle. In dieser Situation gelte es schon heute, für den steigenden Bedarf an Pflegekräften Fachkräfte auszubilden, aber auch Ehrenamtliche zu gewinnen. Deshalb habe das Land Hessen auch die Kosten für die Altenpflegeschulen übernommen. „Wenn zurzeit Dreivier-

tel der Pflegebedürftigen von Familienangehörigen, zu 73 Prozent von Frauen, versorgt werden, wird das auf Dauer nicht so bleiben“, prophezeite Müller-Klepper. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Förderung von Mehrgenerationenhäusern durch das Land Hessen hin, von denen es inzwischen 28 gebe. Zwischen 2001 und 2010 sei die Zahl der Pflegeheime in Hessen von 601 auf 735 gestiegen, obwohl alles getan werde, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Zuhause bleiben können. In einem neuen Heimgesetz werde der Schutz der Heimbewohner noch verstärkt. Müller-Klepper kritisierte, dass ältere Menschen von mancher gesundheitlichen Prävention ausgeschlossen

seien. Als Beispiel nannte sie das Brustkrebscreening bei über 70-jährigen Frauen. Deutlich sprach sie sich auch für eine Überprüfung von Altersgrenzen aus. Sie seien in vielen Fällen überholt. (cw)



Staatssekretärin Müller-Klepper vertieft in ihren Vortrag vor der Frankfurter Senioren Union.

Bild: Warnke

Junge Union erkundet das Heilige Land

Am Himmelfahrtstag starteten 35 JU'ler in Frankfurt, Hamburg und NRW zu einer Exkursion nach Israel unter Leitung der Organisatoren Paul Amann (JU Hamburg) und Carsten von Drathen (JU Frankfurt).

Nach unserer Ankunft auf dem Flughafen von Tel Aviv verlassen wir zunächst die Partnerstadt Frankfurts mit ihren Wolkenkratzern und fahren Richtung Norden. Die Bucht von Caesarea mit ihrem historischen Hafen lädt zum Verweilen ein. Nach einem Zwischenhalt in der alten Kreuzfahrerstadt Akko erreichen wir die israelisch-libanesischen Grenze, jene Grenze, die aufgrund des zweiten Libanon-Krieges gegen die Hisbollah geschlossen ist.

Vor Einbruch der Dunkelheit treffen wir in Tzefat ein. Danach beginnt am Freitagabend der Schabath und das Land kommt zur Ruhe. „Schabath Schalom“, begrüßt uns Davidi Hermelin am nächsten Morgen. Er ist der Vorsitzende des Jungen Likud, der Jugendorganisation der konservativen Likud-Partei. Wir werden heute keinen Ruhetag einlegen, sondern die syrischen Golan-Höhen erkunden, die von Israel seit dem Sechstage-Krieg von 1967 teilweise besetzt sind. Am Ende eines heißen Tages genießen wir ein Bad im See Genezareth. Nach einem Zwischenhalt im muslimisch geprägten Nazareth erreichen wir Jerusalem, das von den Israelis wie auch den Palästinensern als die eigene

Hauptstadt beansprucht wird. Am Abend erkunden wir die Altstadt und suchen die Grabeskirche auf. Am nächsten Tag sind wir auf der Suche nach den Wurzeln Israels: Wir besuchen neben dem Museum zum Gedenken an Theodor Herzl, den Vordenker eines jüdischen Staates, die Gedenkstätte Yad Vashem, in der die Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten eingehend dokumentiert wird.

Nachmittags treffen wir den Sprecher des israelischen Außenministeriums, Yigal Palmor. Beim anschließenden Besuch des israelischen Parlaments, der Knesset, nimmt sich Premierminister Benjamin Netanjahu persönlich einige Minuten Zeit, um uns zu begrüßen und Fragen zur Innen- und Außenpolitik zu beantworten. Spätabends fahren wir zur Klagemauer, um Zettel mit unseren Bitten zwischen die Steinblöcke zu stecken. Am nächsten Morgen sind wir zu Gast bei der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Der Leiter des Jerusalemer Büros, Dr. Lars Hänsel, hat junge Israelis und uns eingeladen, um mit Vertretern des Likuds, der bürgerlichen Kadima-Partei sowie der Arbeitspartei zu diskutieren. Am Nachmittag tanken wir Kraft für die weitere

Reise bei einem Bad im Toten Meer. Am frühen Morgen fahren wir nach Bethlehem im Westjordanland, um die Geburtskirche zu besichtigen. Nach zwei weiteren Checkpoints erreichen wir Ramallah, wo uns der Leiter des hiesigen KAS-Büros, Felix Dane, empfängt. Die KAS unterstützt die palästinensischen Behörden u. a. beim Aufbau einer modernen Zivilverwaltung. Zudem haben wir Gelegenheit, mit jungen, gesellschaftlich engagierten Palästinensern über ihre Vorstellungen eines palästinensischen Staates und das Miteinander mit den Israelis zu sprechen.

Auf der Rückfahrt nach Jerusalem besuchen wir den Kibbutz Nir-Am in der Negev-Wüste direkt an der Grenze zum Gaza-Streifen, der immer wieder von Gaza aus beschossen wird. Am Ende unserer Rundreise kehren wir nach Tel Aviv zurück. Wir verabschieden uns von Israel und dem „New York des Nahen Ostens“ mit einer Party und treffen am nächsten Tag wohlbehalten wieder in Deutschland ein. Für die Gastfreundschaft und ihren Einsatz möchten wir uns bei allen unseren Gesprächspartnern in Israel und im Westjordanland sehr herzlich bedanken! (vd)



In der Knesset sprechen wir mit Premierminister Netanjahu (Bildmitte).

Bild: Privat

Besuch von Freunden

Dass unser großartiges Frankfurt immer wieder Menschen aus aller Welt anzieht, wussten wir. Aber auch Freunde der JU Hessen kommen gerne in unsere Metropole. So auch die JU Friedberg, die ihre Klausurtagung hier bei uns stattfinden ließ. Nach einem gemeinsamen Abendessen im Lorbacher Thal in Alt-Sachsenhausen wurde anschließend noch bis tief in die Nacht über Weltpolitik diskutiert – und ganz nebenbei die Apfelweinwirtschaft gefördert ... (uh)

In Frankfurt zuhause

Unter dem Titel „In Frankfurt zuhause.“ hat die JU Frankfurt kürzlich ihr Kommunalprogramm veröffentlicht. Das Programm kann man unter www.ju-frankfurt.de herunterladen. (uh)

Grillfest der Jungen Union Frankfurt

Der dritte „kreisweite Stammtisch“ der JU Frankfurt in diesem Jahr fand am 10. Juli statt. Die JU Ost, bei der diesmal die Organisation lag, lud zum Grillfest im Vereinsheim der Philharmonie in Fechenheim ein. Zahlreiche Mitglieder der JU Frankfurt, aber auch Freunde aus benachbarten Verbänden folgten der Einladung und wurden mit leckerem Essen und kühlen Getränken versorgt. Sogar Mitglieder der JU Sachsen, die zufällig in Frankfurt zu Besuch waren, nutzen die Gelegenheit, die Frankfurter JU kennen zu lernen. Zu einem guten Grillfest gehört auch gutes Wetter – allerdings erwischten

wir den heißesten Tag des Jahres, was insbesondere den Helfern unmittelbar am Grill das Leben nicht erleichterte. Dennoch ließ sich niemand die gute Laune verderben und ein schattiges Plätzchen unter einem Baum war schnell gefunden. So ließen sich unter anderem Minister Boddenberg, der CDU-Kreisgeschäftsführer Christian Wernet und viele weitere Gäste eine Wurst schmecken. Ein herzliches Dankeschön an die JU Ost und alle Helfer, die dieses Fest organisierten. Nach den guten Erfahrungen könnte dies die nächste „Traditionsveranstaltung“ der JU Frankfurt werden. (uh)

JU Süd auf dem Schweizerstraßenfest

Am 19. Juni fand das 27. Schweizerstraßenfest in Sachsenhausen statt. Auch dieses Jahr war die JU Süd wieder mit

ihrem traditionellen Stand vertreten und versorgte die Gäste mit kühlen Getränken. Nachdem Verkehrsdezernent Lutz Sikorski (Grüne) das Apfelweinfestival der Stadt verhinderte, stellte die JU Süd kurzerhand ihren Stand unter das Motto: **internationales (Ersatz-)Apfelweinfestival!** Das dazu extra angefertigte Banner war ein beliebtes Fotomotiv und sorgte für viel Heiterkeit bei den zahlreichen Standbesuchern. Zu diesen zählte auch die Stadtverordnete Margrit Weißbach (CDU), die sich viel Zeit für die JU nahm. Ihre großzügige Spende sowie der gesamte Erlös aus dem Getränkeverkauf werden auch dieses Jahr wieder an die Leberrecht-Stiftung gehen. An dieser Stelle sollen auch die unermüden Helfer erwähnt

werden, ohne die so ein Stand gar nicht möglich wäre. Sichtlich zufrieden war auch der Vorsitzende Martin-Benedikt Schäfer. „Wir konnten nicht nur Geld für den guten Zweck sammeln, sondern auch viele Neumitglieder gewinnen“, so Schäfer.

Wer nicht dabei war, hat definitiv etwas verpasst und sollte sich den Termin für nächstes Jahr in seinem Kalender vormerken. (mbs)



Eine Idee, die sehr viel Zuspruch von den Festbesuchern erfuhr: Das „Ersatzapfelweinfest“ der JU Frankfurt auf der Schweizer Straße. In der Bildmitte (v. l.): Die beiden JU-Vorsitzenden Ulf Homeyer (JU Frankfurt) und Martin-Benedikt Schäfer (JU Süd).
Bild: Roos



Das JU-Team auf dem Schweizerstraßenfest.
Bild: Roos

Zu Besuch im Straßburger EU-Parlament mit unserem Europaabgeordneten Thomas Mann



Die FU-Reisegruppe im Straßburger Europaparlament. Rechts vorne im Bild: Der Europaabgeordnete Thomas Mann.

Bild: Privat

Frauen Union: Auf Einladung unseres Europaabgeordneten Thomas Mann haben interessierte Frauen der Frankfurter und Offenbacher Frauen Union sowie weitere Mitglieder der Frankfurter CDU im Frühjahr 2010 das Europäische Parlament in Straßburg besucht. Bei einer Stadtbesichtigung erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Straßburg nicht nur die größte Stadt im Elsass ist, sondern auch Sitz zahlreicher europäischer Einrichtungen: des Europarats, des Europaparlaments, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, des Europäischen Bürgerbeauftragten sowie des Eurokorps und vieler mehr – die Stadt selbst versteht sich als „Hauptstadt Europas“.

Neben einer Einweisung in die Aufgaben des Europäischen Parlaments diskutierten die Frankfurterinnen und Frankfurter Unionsmitglieder mit ihrem Europaabgeordneten Thomas Mann

über die aktuellen Themen Europas: „Wie geht es weiter mit Griechenland?“, „Was tut das Europäische Parlament für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen?“, „Wie viele Staaten könnten noch Teil der Europäischen Union werden?“.

Auf der Gästetribüne erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine interessante und lebendige Parlamentsitzung, die simultan in 23 Sprachen übersetzt wurde. Anschließend erklärte der Europaabgeordnete Thomas Mann, warum von den rund 736 Abgeordneten aus den 27 Nationen nur rund 50 anwesend waren, denn die eigentliche Arbeit des Parlaments erfolgt in den zahlreichen Arbeitsgruppen. Dort arbeiten die Abgeordneten spezialisiert und fachkundig an den unterschiedlichen Sachthemen. Neben Straßburg sind auch Brüssel und Luxemburg Arbeitsorte

des Europaparlaments. Das bedeutet für die Abgeordneten und ihre parlamentarischen Assistenten, dass sie stetig zwischen den Städten pendeln müssen. Während der Arbeitsalltag in den Fraktionen und den Ausschüssen sich in Brüssel abspielt, erfolgt zwölfmal jährlich eine sogenannte „Straßburgwoche“ mit Plenartagungen – unter einem sehr hohen logistischen Aufwand.

Wir sind froh, dass wir mit Thomas Mann einen Abgeordneten in Europa haben, der in Hessen und unserer Stadt fest verwurzelt ist und sich auch für die regionalen Besonderheiten seiner Heimat einsetzt. So konnte er seine britischen Kollegen vom Geschmack und der Qualität frischer deutscher Brezeln überzeugen, als die EU plante, den Salzgehalt in deutschen Backwaren zu senken und damit diese zu einem Großteil abzuschaffen. (sh)

Das Kommunalpolitische Programm der Frauen Union

Zur inhaltlichen Vorbereitung der bevorstehenden Kommunalwahl im Jahr 2011 hat die Frauen Union Frankfurt die letzten Monate genutzt, um sich noch intensiver mit den Anliegen der Frankfurter Bevölkerung und Unternehmen zu beschäftigen. Entstanden ist eine zukunftsorientierte Vision: ein breitgefächertes „Kommunalpolitisches Programm der Frankfurter Frauen Union für die Jahre 2011 bis 2016“, das als Grundlage für die Entwicklung des CDU-Kommunalwahlprogrammes 2011 dienen soll und den anstehenden Wahlkampf der Frauen Union Frankfurt maßgeblich bestimmen wird. In dem in Teilen sicherlich diskussionswürdigen und durchaus fortschrittlichen, mutigen Programm bezieht die Frauen Union Frankfurt klar Stellung zu kommunalpolitisch relevanten Themen wie beispielsweise Bildung, Verkehr, Integration, Gesundheit, Kultur, Umwelt,

Frauen, Familie, Sicherheit sowie Wirtschaft und schließlich Finanzen. Dem entsprechend wird sich die Frankfurter Frauen Union für die von ihr geforderten Punkte bestmöglich einsetzen, um Frankfurt für die in dieser Stadt lebenden Menschen und die hier ansässigen Firmen noch attraktiver zu gestalten. „Wir werden die weiteren Veränderungen dieser Stadt mitgestalten und unsere Erfahrungen wie auch unseren Sachverstand einbringen, um die kommenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern“, so die Vorsitzende Sylvia Hornung. Die Frankfurter Frauen Union setzt sich aktiv dafür ein, dass „unser Frankfurt“ eine lebens- und liebenswerte Stadt bleibt, in der Frankfurterinnen und Frankfurter, aber auch neu Hinzugezogene eine gute Lebensperspektive finden und sich wohlfühlen. So sollen zum Beispiel die öffentlichen Gelder auch weiterhin sinnvoll

und gezielt eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen die öffentlichen Gelder erhalten oder auch vermehrt werden, um den Standort Frankfurt zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Die Frankfurter Frauen Union ist mit ihren über 1.000 Mitgliedern eine der größten Vereinigungen der Frankfurter CDU. Sie bringt sich aktiv in die Kommunalpolitik ein und unterstützt die zur Wahl stehenden Kandidatinnen für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung. „Wir rechnen damit, dass zahlreiche kompetente Frauen den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung im nächsten Jahr schaffen werden“, so die Vorsitzende Sylvia Hornung. (clw)



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.frauen-union-ffm.de

Dr. Josef Schlarmann in Frankfurt am Main

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT): Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Dr. Josef Schlarmann, hat im September im Archäologischen Museum einen mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag zu dem Thema „Wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsfelder für die

schwarz-gelbe Bundesregierung Berlin“ gehalten. Er erinnerte dabei an die Grundstrukturen der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie von Ludwig Erhard erfolgreich übernommen haben. Er warnte davor, dass z. B. in der Energiepolitik Strompreisszenarien aufgebaut werden, die langfristig Industrien außer Landes treiben könnten, wie dies konkret der Aluminiumindustrie, aber auch der Papierindustrie und auch der Zementindustrie bereits drohe. Die Energiepolitik müsse mit Augenmaß betrieben werden, wobei jeder Energieträger sich auf dem Markt behaupten müsse. Der Staat müsse sich hierbei möglichst heraushalten. Bei der Frage des Lohnabstandsgebots machte er deutlich, dass dies nach wie vor nicht umgesetzt werde, was verhindere, dass arbeitsfähige Langzeitarbeitslose auf den ordentlichen

Arbeitsmarkt zurückkehren. Schließlich beschäftigte sich Schlarmann intensiv mit den Finanzmarktstrukturen, insbesondere mit dem zukünftigen Regime von Basel III und der damit verbundenen Aufstockung des Eigenkapitals der Banken. Er bemängelte, dass gerade für die Großbanken ein überproportional steigendes Eigenkapital leider nicht vorgesehen ist. Dieses Konzept hätte dazu beitragen können, die schiere Größe dieser Bankinstitute in Schach und Proportion zu halten. Schlussendlich mahnte Schlarmann in seinem Schlussappell Politiker auf allen Ebenen, die Wachstumsbremsen für die deutsche Wirtschaft zu lösen. Es müsse mehr Wachstum und Dynamik entstehen, da die Begrenzung staatlicher Ausgaben alleine uns aus der gegenwärtigen Schuldensituation nicht herausbringen werde. (jg)

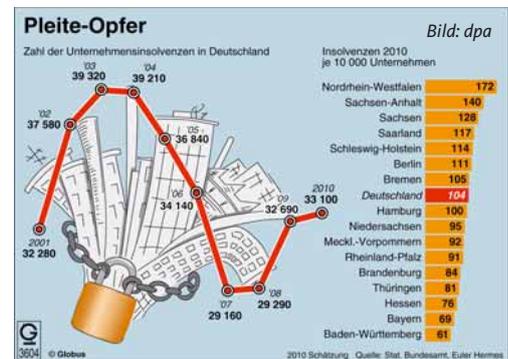


Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Deutschlands (MIT), vertritt engagiert wie kaum ein anderer die Interessen des deutschen Mittelstandes. Bild: dpa

Keine Wiedereinführung des Fiskusprivilegs

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT): Mit der 1999 in Kraft getretenen Insolvenzordnung hatte die damalige Bundesregierung unter parlamentarischer Federführung der CDU/CSU alle Gläubiger insolventer Unternehmen und Personen weitgehend gleichgestellt. Insbesondere das frühere Privileg des Fiskus, vorab aus der Masse des insolventen Unternehmens zu Lasten aller anderen Gläubiger seine Steueransprüche zu befriedigen, wurde abgeschafft. Jetzt will Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) dieses Fiskusprivileg im Zuge des anstehenden Sparpakets zu Gunsten von Bund, Ländern und Gemeinden wieder neu einführen und damit pro Jahr insgesamt einige hundert Mio. EUR für die Staatskassen generieren. Abgesehen davon, dass die Belastbarkeit ihrer Zahlen höchst fragwürdig ist, würde dieser Plan dazu führen, dass die überwiegende Zahl der Insolvenzverfahren mangels Masse gar nicht mehr eröffnet werden, weil sich der Fis-

kus vorab des Restvermögens des Schuldners bemächtigt hätte. Insbesondere mittelständische Betriebe würden für ihre Dienstleistungen oder Leistungen an das insolvente Schuldnerunternehmen überhaupt kein Geld mehr bekommen und leer ausgehen. Außerdem würde dies dazu führen, dass der Fiskus nicht mehr bereit sein würde, sich an einer Restrukturierung von sanierungsfähigen Unternehmen zu beteiligen und als Sanierungsbeitrag auf einen Teil der Steuerforderungen zu verzichten, weil er ja von seinem Vorabprivileg Gebrauch machen kann. Damit wäre die Sanierung vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen mangels freier Masse von vornherein aussichtslos. Die Folge wären – vermeidbare – Unternehmensliquidationen und Arbeitsplatzverluste; von dem dadurch ausgelösten Mehraufwand für die Sozialhaushalte ganz abgesehen. Insgesamt ist daher der Vorschlag des Justizministeriums als Beitrag für das Haushaltssparpaket



ganz ungeeignet. Es konterkariert die allseits gelobten gesetzgeberischen Grundziele der Insolvenzordnung, bei Überschuldungen möglichst viele Insolvenzverfahren zu eröffnen und die Masse gleichmäßig zu verteilen bzw. sanierungsfähige Unternehmen zu retten. Das Bundesjustizministerium möge sich stattdessen einen anderen moderaten Einsparbeitrag im Justizhaushalt überlegen. Die hessischen Bundestagsabgeordneten jedenfalls sind dringend aufgefordert, sich diesen gesetzgeberischen Planungen mit Nachdruck zu widersetzen. (jg)

Besuch des GSI-Helmholtzzentrums für Schwerionenforschung

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA): Beeindruckt zeigte sich die Besuchergruppe der CDA Frankfurt bei ihrer Besichtigung des Helmholtzzentrums für Schwerionenforschung in Darmstadt. An den dortigen Teilchenbeschleunigern wird wichtige Grundlagenforschung betrieben, die einen Einblick in die Struktur der Materie gibt. Darüber hinaus sind in Darmstadt erstmals mehrere neue Elemente erzeugt worden, die nun das Periodensystem der Elemente ergänzen – erst kürzlich haben die Forscher in Darmstadt ein Element mit der Ordnungszahl 112 offiziell auf den Namen

„Copernicium“ getauft. Aber auch praktische Nutzwirkungen sind den Forschern in Darmstadt nicht unbekannt. Die hier entwickelte und erstmals eingesetzte Krebstherapie mit Ionenstrahlungen ist wegweisend und wird nun am Universitätsklinikum in Heidelberg im Dauerbetrieb angewendet. In naher Zukunft werden im Helmholtzzentrum über 1 Mrd. Euro für ein neues Beschleunigerzentrum investiert, das neue Einblicke in die Evolution des Universums geben wird. Dieses internationale Forschungsprojekt wird von über 14 Staaten gebaut und betrieben. Der Frankfurter Bundestagsabgeord-



Andreas Mengelkamp, Dr. Eberhard Mordhorst, der ehemalige CDA-Vorsitzende Dieter Mönch, Dr. Matthias Zimmer MdB, CDA-Kreisvorsitzende, Stadtverordnete Hilde Krauß und Sylvia Hornung, Frankfurter FU-Vorsitzende (v. l.). Bild: Privat

nete und CDA-Vorsitzende Matthias Zimmer sagte, dass sich im Helmholtzzentrum zeige, dass Hessen als Wissenschafts- und Forschungsstandort international an der Spitze mithalten könne, nicht zuletzt auch dank der Förderung durch das Land Hessen. (mz)



INHALT

- 28 Helmut Heuser ist neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion
- 30 Das neue Europaviertel
- 30 Innenstadtkonzept
- 31 Grundstein für den Neubau der EZB gelegt
- 31 Stellplatzeinschränkungssatzung
- 32 Abriss des Technischen Rathauses fast beendet
- 33 Geschichte und Zukunft in der neuen Altstadt
- 33 Frankfurt aufs Dach steigen
- 34 Bürgerbeteiligung und Budgethoheit des Stadtparlaments vereinen
- 36 Ansiedlung von DB Schenker ist ein Erfolg Frankfurter Wirtschaftspolitik
- 36 Condor zieht nach Gateway Gardens
- 37 Frankfurter Flughafen sichert Jobs in der gesamten Region
- 38 Zur Geschichte der Ortsumfahrung Praunheim
- 40 Klimaschutz und Mobilität durch Solarstrom
- 40 Elektromobilität im Rhein-Main-Gebiet
- 41 Ausbreitung von Spielhallen wirksam begegnen
- 41 OB Roth besuchte die „Bahnhofsviertelnacht“
- 42 Sozialräumliche Erkundungen bei Sonnenschein
- 43 Gesundheitspolitik in der Region Madrid
- 44 Integrationspolitik für Frankfurt in Zeiten der Sarrazin-Debatte
- 46 Spielstätte für gute Laune und Aufwertung für Alt-Sachsenhausen
- 47 Die Serengeti liegt in der Innenstadt: der neue Zoo Frankfurt
- 48 Ramsauer prüft Lärmschutzeinhausung für die Ostumgehung Frankfurt am Main
- 49 Sommergespräch der CDU-Fraktion
- 50 Seit 15 Jahren im Chefsessel der Stadt: Petra Roth
- 50 Johnny Klink schaute bei der CDU-Fraktion vorbei
- 51 Frankfurt im Sammelfieber

Bodenständig, bewährt und bürgernah

Helmut Heuser ist neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion Frankfurt am Main hat am 18. August 2010 den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helmut Heuser zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Heuser erhielt mit 27 von 30 möglichen Stimmen ein sehr gutes Ergebnis. Die CDU-Fraktion besteht aus 32 Stadtverordneten. Zwei Stadtverordnete waren für die Fraktions-sitzung entschuldigt. Drei Stadtverordnete haben mit Nein gestimmt.

Heuser wurde vom Fraktionsvorstand auch zum neuen Fraktionsgeschäftsführer bestellt. Der langjährige und erfahrene Kommunalpolitiker folgt in beiden Funktionen Dr. Horst Kraushaar, der die Römer-Fraktion erst seit 2009 geführt hatte und im Juni nach kurzer Krankheit überraschend verstorben war.

Heuser ist seit 1980 mit einer kurzen Unterbrechung Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Damals – die Unionsfraktion im Römer verfügte über die absolute Mehrheit – rückte er von Platz 59 für den verstorbenen CDU-Stadtverordneten Hermann Schneider nach. Zuvor gehörte er seit 1977 dem Ortsbe-



Geschult auf allen Fahrzeugtypen: Der neue Fraktionschef lenkt in Zukunft nicht nur Straßenbahnen.
Bilder: Wachendörfer



rat 6 an. Der Stadtverordnete ist fest verwurzelt in seinem Heimat-Stadtteil Schwanheim, in dem er außerdem seit 1975 den CDU-Stadtbezirksverband führt. Dort ist er auch Inhaber eines besonderen Ehrentitels, der den leidenschaftlichen Großvater noch heute stolz macht: Eine Schwanheimerin ehrte ihn zum 40. Geburtstag mit dem Titel „Kinderfreundlichster Nachbar“.

Im Römer bekleidet er seit 1999 die Funktion des verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion. Für Aufsehen sorgte Heuser damals als neues Aufsichtsratsmitglied der Verkehrsgesellschaft. Der Verkehrspolitiker nahm Fahrstunden, um selbst die Straßenbahn fahren zu können. Pendler zum Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr zu bewegen, ist eines der erklärten Ziele des passionierten Kommunalpolitikers. Dazu testet er auf privaten Urlaubsreisen auch schon einmal die Nahverkehrssysteme anderer Städte.

Der neue Fraktionsvorsitzende ist gebürtiger Frankfurter, die Familie Heuser ist im Stadtteil Schwanheim alteingesessen. Schon Vater und Großvater waren kommunalpolitisch aktiv. Heuser ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder sowie vier Enkelkinder. Beruflich war der gelernte Elektriker Heuser zunächst bei Siemens, danach bis zum Eintritt in den Ruhestand über 30 Jahre als Angestellter der Fraport AG im Bereich Öffentlichkeitsarbeit tätig. Eine große private Leidenschaft ist das Reisen, und zwar durchaus zu fernen Zielen. Mit einer Neuseeland-Reise erfüllte er sich und seiner Frau 2007 einen großen Traum.

Heuser kündigte nach seiner Wahl an, er sehe es als seine vordringliche Aufgabe, in den kommenden Monaten die gute Arbeit und die Erfolge der schwarz-grünen Koalition zur Sprache zu bringen. „Deshalb wird die CDU-Fraktion unter meiner Führung die Bürgerinnen und Bürger häufiger treffen als bisher. Dazu werden wir die Zahl unserer Ortstermine in den Stadtteilen deutlich erhöhen. Für die CDU kommt es entscheidend darauf an, dass sie in der Bevölkerung Präsenz zeigt und auch kritischen Diskussionen nicht ausweicht“, sagte der neue Fraktionsvorsitzende.

Heuser zeigte sich zudem überzeugt, dass die schwarz-grüne Koalition unter den gegebenen politischen Umständen im Römer nach wie vor die beste Konstellation für die Stadt Frankfurt am Main sei. „Die erfolgreiche Arbeit der Koalition werden wir bis zum Ablauf der Wahlperiode am 31. März 2011 weiterführen, und zwar so wie bisher: vertrauensvoll im Umgang miteinander und mit hohem Interesse an einer verantwortlichen Sachpolitik zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger“, so Heuser. (jr)



Heimatverbunden: Helmut Heuser vor dem alten Waldbahnhof in Schwanheim, heute Endstation der Linie 12.

Aus dem Archiv: Helmut Heuser über Trambahnen und Politik

In einem Leserbrief mit der Überschrift „Mehr Praxistests für Politiker“ äußerte sich der Stadtverordnete zu den Gründen für die von ihm genommenen Straßenbahnfahrstunden:

„Natürlich macht es einen Heidenspaß, selbst an den Schalthebeln eines modernen Stadtbahnwagens zu sitzen und dieses riesige Gefährt unter der fachkundigen Anleitung eines Fahrlehrers durch den Frankfurter Verkehr zu steuern. Was am Anfang noch die Erfüllung eines Bubentraums war, hat nach meiner Ernennung zum Aufsichtsratsmitglied der Verkehrsgesellschaft sehr schnell einen ersten Hintergrund erfahren. Ich konnte alle Fahrzeuge und Strecken so kennenlernen, wie es vom „grünen Tisch“ im Römer nie möglich gewesen wäre, und habe viele Dinge gelernt, die mir im politischen Geschäft und als Aufsichtsrat zugutekommen. Vielleicht sollten wir Politiker viel mehr solche Praxistests machen, um sachgerechter zu entscheiden.“

Quelle: Frankfurter Neue Presse vom 16. Juli 2001

Die Stadt der kurzen Wege

Wohnen und Arbeiten im neuen Europaviertel

Das Baugeschehen in Frankfurt am Main pulsiert unvermindert. Auf dem circa 150 Hektar großen Gelände des ehemaligen Hauptgüterbahnhofs entsteht derzeit mit dem Europaviertel ein neuer, lebendiger Stadtteil, der durch seine Innenstadtnähe Wohnen und Arbeiten optimal miteinander verknüpfen wird. Neben dem Riedberg gehört das Europaviertel zu den bedeutendsten Entwicklungsarealen der Mainmetropole.

Die CDU-Fraktion hat sich, geführt von Planungsdezernent Stadtrat Edwin Schwarz, an Ort und Stelle ein Bild von der Entwicklung des Quartiers gemacht. Ein in Messenähe weithin sichtbares Entry ist der zurzeit im Bau befindliche Tower 185, der den Mittelpunkt des Hochhausensembles im Osten des Eu-

Am Modell des „Skyline Plaza“-Einkaufs- und Erlebniscenters informieren sich Wirtschaftsdezernent Markus Frank, Stadtkämmerer Uwe Becker, CDU-Fraktionschef Helmut Heuser und der Frankfurter Landtagsabgeordnete Ulrich Caspar (v. r.). Bild: Rotberg



ropaviertels bildet. Hier wird auch das von der Stadtverordnetenversammlung 2009 beschlossene Einkaufs- und Erlebniscenter „Skyline Plaza“ entstehen. Bereits vollendet ist das Mövenpick Hotel Frankfurt City. Der Bauherr Vivico Real Estate GmbH erläuterte die Pläne der BNP Paribas und die Wohnprojekte am Boulevard. Der Straßenraum der erschließenden Europa-Allee ist schon seit dem Sommer 2006 fertiggestellt.

Die unmittelbar an den Boulevard angrenzenden Gebäude sind schon vollendet und werden bereits vermarktet. Im Juli 2009 haben hier die ersten Bewohner ihr neues Zuhause bezogen.

Im Anschluss besichtigte die Fraktion das Bauvorhaben der GWH am Europagarten und schließlich die Baustelle zur Erschließung des Europaviertels West durch die Aurelis Asset GmbH. (jr)

Innenstadtkonzept

Keine Entscheidung über Berliner Straße ohne vorherige Verkehrsuntersuchung

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Helmut Heuser, hat das vom Planungsamt vorgestellte Innenstadtkonzept als große Chance bewertet, dem Kern der Stadt zusätzliche Lebendigkeit zu geben. Neue und breitere Fußwegeverbindungen, Passagen und eine ansprechende Gestal-

tung der Straßen und Wege auch durch Bäume und andere Bepflanzungen könnten zu einem „Wachküssen“ führen, das die Vielfalt der Innenstadt erlebbar mache und deren Attraktivität dauerhaft erhöhe.

Heuser befürwortete auch eine Neugestaltung der Berliner Straße, die künftig mehr zum Flanieren und vergnüglichen Schaufensterbummel einladen solle. Auch sei es vernünftig, die trennende Wirkung der Straße auf die Fußgängerverbindungen zwischen Zeil und Main zu vermindern. Dabei dürfe sich die Diskussion aber nicht nur auf die Straßenbreite und möglichen Einrichtungsverkehr beschränken. Vielmehr müsse zunächst Klarheit geschaffen

werden über die künftige Bedeutung der Berliner Straße innerhalb des Frankfurter Straßennetzes und wie die Erschließung der Innenstadt durch den Autoverkehr ohne Nachteil für die Erreichbarkeit gesichert werden könne. Dies gelte in der gleichen Weise auch für das nördliche Mainufer. Auf die daraus resultierenden Fragen wie zur Erreichbarkeit der Parkhäuser und der Geschäfte, Gewährleistung eines fließenden Ost-West-Verkehrs, mehr Verkehrsbelastung durch Umwegfahrten und Verdrängungseffekte müsse es überzeugende Antworten geben. Die CDU-Fraktion fordere daher, zur Beschlussfassung über das Innenstadtkonzept eine Verkehrsuntersuchung vorzulegen, die diese Fragen kläre. (jr)



*Hauptverkehrsader der Frankfurter Innenstadt:
Die Berliner Straße. Bild: Rotberg*

Grundstein für den Neubau der EZB gelegt

Spektakuläres Hochhaus und Dominante für das Ostend

Mit der Grundsteinlegung in Anwesenheit von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet ist der Startschuss für den spektakulären Neubau der Europäischen Zentralbank gefallen. Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) würdigte in ihrer kurzen Ansprache das Ereignis: „Heute geht eines der bedeutendsten Bauprojekte in der Geschichte unserer Stadt auf die Zielgerade. Mit der Grundsteinlegung beginnt ein Bau unwiderruflich, in die Höhe zu wachsen.“

Bald werde die EZB die Dominante des Ostends sein, sagte die Oberbürgermeisterin. „Der Bau wird ein bedeutender Mosaikstein in der Entwicklung des Frankfurter Ostends, das schon seit Jahren einen großen Aufschwung erlebt, sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Wohnquartier.“

Zudem erhalte Frankfurts Skyline Zuwachs durch einen eleganten, gleich einem Segel aufgespannten und in sich verdrehten Baukörper. „Er wird eines der spektakulärsten Hochhäuser und zu einer zusätzlichen Attraktion unserer Stadt“, so Roth.

Die neue EZB werde die Großmarkthalle in sich aufnehmen, die zu ihrer Zeit ein technisch wie ästhetisch ebenso aufsehenerregender Baukörper war. Frankfurt symbolisiere in solchen Vorhaben, dass sich Gegensätze wie „Alt und Neu“ oder „Historisch und Zukunftsorientiert“ keineswegs unversöhnlich gegenüberstehen, sondern einander ergänzen und daraus eine neue ästhetische Qualität schaffen könnten, sagte die Oberbürgermeisterin.



Schlugen feste mit dem Grundsteinhammer (v. l.): OB Petra Roth, Präsident Jean-Claude Trichet und Wolf D. Prix als Vertreter von COOP HIMMELB(L)AU, dem Architekturbüro, das den EZB-Neubau entworfen hat. Bild: dpa

Der neue EZB-Sitz soll bis Ende 2013 fertiggestellt sein, der Umzug der „Euro-Banker“ in ihr neues Gebäude wird voraussichtlich 2014 erfolgen. (red)

Eine Entscheidung der kommunalen Selbstverwaltung

Koalition spricht sich gegen die Abschaffung der Stellplatzeinschränkungssatzung aus

Die bislang gültige Hessische Bauordnung ist befristet und tritt am 31. Dezember 2010 außer Kraft. Deshalb will die Landesregierung die Vorschriften anpassen, um so das Bauen in Hessen zu vereinfachen, Verfahren zu beschleunigen und Kosten zu sparen. Die Novelle der Bauordnung sieht allerdings auch vor, es den Kommunen nicht mehr selbst zu überlassen, ob sie eine Stellplatzeinschränkungssatzung erlassen oder nicht. Mit diesem Instrument zwingen einzelne Städte und Gemeinden wie Frankfurt am Main Bauherren zur Zahlung einer Abgabe für an und für sich notwendige Stellplätze, deren Bau aber mit der Zielsetzung einer Verringerung

des Autoverkehrs eingeschränkt wird. Frankfurt ist die einzige Kommune in Europa, die eine derartige Satzung flächendeckend im Stadtgebiet anwendet. Mit den Einnahmen, circa 11 Mio. Euro pro Jahr, finanziert die Stadt wichtige Verkehrsprojekte. Die Koalitionsfraktionen bewerten die Vorgehensweise des Landes gegen die seit Langem geltende kommunale Satzung als unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und haben den Magistrat deshalb aufgefordert, sich im Rahmen der Novellierung der Hessischen Bauordnung gegen die Streichung der gesetzlichen Grundlage für die in Frankfurt angewandte Satzung auszusprechen. (jr)



Vor allem Hochhausprojekte sind von der Stellplatzeinschränkungssatzung betroffen. Bild: dpa

Abriss des Technischen Rathauses fast beendet

Rund 120 Interessenten für Altstadt-Immobilien haben sich gemeldet

In wenigen Wochen wird das Technische Rathaus abgerissen sein. Schon jetzt ist es bis auf den Sockel abgetragen. Damit geht das Projekt der Neuerrichtung eines Teils der früheren, im Zweiten Weltkrieg untergegangenen Frankfurter Altstadt in eine neue Phase. Die CDU als Partei des Altstadtwiederaufbaus zeigt sich hochzufrieden mit den planmäßig verlaufenden Abrissarbeiten.

„Wer heute von der Braubachstraße auf die zuvor verdeckte Silhouette des Kaiserdoms blickt, der wird dem hässlichen Betonbau des Technischen Rathauses keine Träne nachweinen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Heuser voller Genugtuung über die erfolgte und nunmehr sichtbare baupolitische Kehrtwende im Herzen der Innenstadt. Heuser erinnerte daran, dass die Frankfurter SPD in Gestalt des Baudezernenten Dr. Martin Wentz noch

vor wenigen Jahren einen riesigen Hotelkomplex direkt vor dem Dom errichten wollte. „Diese erneute Bausünde hat zum Glück Stadtrat Edwin Schwarz zusammen mit der CDU-Fraktion verhindert. Die jetzt beschlossene Rekonstruktion von Teilen der Altstadt ist für die Stadt ein Jahrhundertprojekt. Jetzt kommt es darauf an, das geplante Altstadt-Quartier zügig, attraktiv und möglichst kleinteilig zu errichten“, so Heuser.

Unterdessen teilte der Geschäftsführer der DomRömer GmbH, Michael Guntersdorf, mit, dass sich mehr als 120 potenzielle Investoren gemeldet haben. Davon fragten immerhin 25 Interessenten nach Rekonstruktionen, die allerdings deutlich komplizierter zu bauen sind als reine Neubauten. Die Rekonstruktionsanfragen konzentrieren sich wegen der guten Lage und dem ansprechenden Ensemble auf den Hühnermarkt.

Bereits im Januar 2010 begannen Bauarbeiter damit, das Technische Rathaus zu entkernen. Zuvor waren in diesem 1972–74 gegen heftige Proteste der Bevölkerung errichteten Gebäude die technischen Ämter der Stadtverwaltung untergebracht. Seit April „knabberten“ sich nun kleine leichte Raupenbagger von oben nach unten durch die vier Türme des Rohbaus. Nach Abriss des Technischen Rathauses, der im November 2010 abgeschlossen sein soll, wird voraussichtlich im Frühjahr des Jahres 2011 mit den Bauarbeiten in der Tiefgarage begonnen.

Neben den bereits beschlossenen oder geplanten acht Rekonstruktionen „Klein Nürnberg“, „Goldenes Lämmchen“, „Junger“ und „Alter Esslinger“, „Rotes Haus“, „Goldene Waage“, „Braubachstraße 21“ und „Hof zum Rebstock“ ist für weitere 13 Häuser eine Rekonstruktion denkbar, sofern sich Investoren finden.

Aktuell ist durch die politischen Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der DomRömer GmbH über die Planungen zur Überbauung des Archäologischen Gartens zu entscheiden, die aus dem Realisierungswettbewerb „Stadthaus am Markt“ hervorgegangen sind. (jr)



Der Dom kommt wieder zum Vorschein: Blick über die Abrissbaustelle am ehemaligen Technischen Rathaus. Bild: Rotberg



Die neue Altstadt in der Simulation: Das Bild zeigt die Gasse „Hinter dem Lämmchen“ mit den Häusern „Klein Nürnberg“, „Goldenes Lämmchen“, „Alter Esslinger“ und „Junger Esslinger“ (v. l.), die rekonstruiert werden. Bild: Maila-Push

Geschichte und Zukunft in der neuen Altstadt

CDU-Fraktion informierte sich über die Bauarbeiten im Historischen Museum

Es gehört zu den Elementen der CDU-Politik für Frankfurt am Main, Traditionen und Werte zu pflegen und sich gleichzeitig neuen Ideen nicht zu verschließen. Dieser Grundsatz spiegelt



Museumsdirektor Jan Gerchow erläutert der Vorsitzenden des Kulturausschusses, Alexandra Prinzessin von Hannover, den Fortgang der Bauarbeiten. Bild: Rotberg

sich in einem ganz außergewöhnlichen Bauvorhaben: dem Um- und Neubau des Historischen Museums inmitten der Frankfurter Altstadt. Vor dem Abriss des Betonbaus aus den 70er Jahren und dem Neubau des Historischen Museums werden bis zum Jahr 2011 zunächst die Altbauten des Museums aus dem 12. bis 19. Jahrhundert grundlegend saniert und zu imponierenden Baudenkmalern gestaltet. Der Neubau anstelle des Betongebäudes aus den 70er Jahren, das inmitten der Fachwerkhäuser am Römerberg und am Fahrtor wie ein Fremdkörper wirkt, wird den mittelalterlichen Saalhofkomplex ergänzen und einen eigenständigen, zeitgemäßen Akzent setzen. Mit seiner Fertigstellung wird für 2014 gerechnet.

Die CDU-Fraktion informierte sich an Ort und Stelle über den Baufortschritt. Zusammen mit dem Kulturdezernenten Prof. Dr. Felix Semmelroth wurde sie vom Leiter des Historischen Museums, Dr. Jan Gerchow, und dem Leiter des Hochbauamts, Dr. Hans Jürgen Pritzl, sachkundig über die Baustelle geführt.

Die Baustelle erstreckt sich über die „Altbauten“ Burnitzbau, Bernuspalais, Rententurm, Zollgebäude und Saalhofkapelle. Die Bauepochen sollen für Museumsbesucher zukünftig auf ihrem Weg durch die Gebäude sichtbar werden. Einen besonderen Reiz wird die erstmalige Öffnung der Pforten des Rententurms für Besucher haben. (jr)

Frankfurt aufs Dach steigen

Nach elf Jahren ist der Domturm wieder geöffnet

Nach elf Jahren können die Frankfurterinnen und Frankfurter wieder auf den Dom steigen: Der Turm des Bartholomäusdoms ist wieder für Besucherinnen und Besucher geöffnet. An der kleinen Öffnungsfeier im August nahmen Kirchendezernent Uwe Becker (CDU) und der neue Stadtdekan Johannes zu Eltz teil. Aufgrund der Bausanierungen am Kaiserdom musste der Turmzugang für die Öffentlichkeit geschlossen werden. Die schnelle Wiederöffnung des beliebten Aussichtspunktes nach dem erst kürzlich erfolgten Abschluss der dritten Phase der Domrestaurierung, die sich dem Turmsockel widmete, hatte nicht zuletzt die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag NR 859 auf den Weg gebracht. Besucher können nun wieder

täglich über 328 Treppenstufen in schwindelerregende Höhen steigen und – gutes Wetter vorausgesetzt – einen atemberaubenden Rundblick auf Frankfurt am Main genießen. Für die Sicherheit ist auch gesorgt: Im gesamten Turm wurde eine neue Beleuchtungs-

anlage installiert, und für den Brandschutz sind separate Zugänge geschaffen worden. Wer die 75 Meter nach oben steigen möchte, muss die Tickets im Kassenhäuschen bei Domküster Peter Lukas kaufen (Erwachsene drei Euro, Kinder 1,50 Euro, Familien fünf Euro). (jr)



Nicht nur für Touristen ein Muss: Ausblick vom Domturm. Zur kleinen Zeremonie erschienen der neue Stadtdekan Johannes zu Eltz (z. v. l.), dessen Vorgänger Raban Tilmann (r.) und Klaus Greef (l.), der stellvertretende Stadtdekan Pfarrer Michael Metzler sowie Stadtkämmerer Uwe Becker (Mitte).

Bilder: dpa, Wiese-Gutheil

Bürgerbeteiligung und Budgethoheit des Stadtparlaments vereinen

CDU-Fraktion gibt grünes Licht für einen Frankfurter Bürgerhaushalt



Die CDU-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Wiesloch das von Stadtkämmerer Uwe Becker vorgestellte Rahmenkonzept zur Umsetzung eines Frankfurter Bürgerhaushalts beraten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen und ist für die Frankfurterinnen und Frankfurter eine gute Nachricht: Die Fraktion hat das Konzept gebilligt, sodass unser Stadtkämmerer dieses nunmehr zur Beschlussfassung in den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung einbringen kann. Wir wollen die Bürgerbeteiligung in Frankfurt am Main damit deutlich verbessern und alle Einwohnerinnen und Einwohner einladen, mit uns Stadtverordneten gemeinsam ebenso neue wie kreative kommunalpolitische Zielsetzungen zu erarbeiten.

An dieser Stelle ist es notwendig, die bereits jetzt ausgezeichnete Öffentlichkeitsarbeit des Stadtkämmerers zu loben, der unter anderem zu jedem Haushalt eine informative und leicht verständliche Broschüre vorlegt, die den interessierten Bürgerinnen und Bürgern den Überblick erleichtert, wofür das städtische Geld eigentlich verwendet wird. Außerdem bietet die Homepage der Stadt Informationen zur Haushaltslage, wobei der Etat vollständig abgebildet wird. Eine transparente und aufschlussreiche Aufbereitung des Haushalts ist aber nach heutigen Maßstäben nicht mehr ausreichend. Zahlreiche Planungsworkstätten, der erfolgreiche Online-Dialog zur Integrationspolitik oder auch die

Internet-Plattform WikiMap.Nordend haben gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich an kommunalen Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen wollen. Mehr Mitwirkung ist angesagt. Dies gilt auch bei der Aufstellung des Haushalts. Wir wollen mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen zulassen und damit den Dialog zwischen Politik und Bevölkerung weiter verbessern. So sollen das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der städtischen Entwicklung, die Akzeptanz von Projekten und Entscheidungen und letztlich auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und eine Gemeinwohlorientierung gestärkt werden.

Drei Ziele: Transparenz, Dialog, Mitentscheidung

Das auf der Klausurtagung ausführlich erörterte Konzept von Stadtkämmerer Uwe Becker verfolgt im Wesentlichen drei Ziele: die Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz des Haushalts, die Verbesserung des Dialogs insbesondere mit nichtorganisierten Bürgerinnen und Bürgern sowie die Gewinnung von Entscheidungshilfen zur Verwendung der städtischen Finanzen.

Das breit angelegte Verfahren wird nach derzeitigem Planungsstand erstmals für den Haushalt 2013 angewandt und zweistufig aufgebaut. In der Konsultationsphase können von allen Inte-

Vorbereitung	Mobilisierung und Information	1. Phase Bürgerbeteiligung	2. Phase Bürgerbeteiligung	Haushaltsplanung	Rechenschaft
bis Juli 2011	Aug. bis Sep. 2011	Sep. bis Okt. 2011	Nov. 2011	Dez. 2011 bis Okt. 2012	laufend
<ul style="list-style-type: none"> Verfeinerung des Konzepts Festlegung der Verfahrensgrundsätze Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgerhaushalt Erstellen eines Projektplans Schaffung der personellen und technischen Voraussetzungen 	<ul style="list-style-type: none"> Verständliche und transparente Aufbereitung des Haushalts Information über das Verfahren zum Bürgerhaushalt Werbung für die Teilnahme am Bürgerhaushalt Bürgerversammlungen 	<ul style="list-style-type: none"> Entgegennahme der Vorschläge über Internet, Telefon etc. Beurteilung der Vorschläge durch die Verwaltung im Hinblick auf Kosten und Realisierbarkeit Bewertung der Vorschläge durch Bürgerinnen und Bürger 	<ul style="list-style-type: none"> Auswahl der Bürgerinnen und Bürger für Workshops (Zufallsauswahl) Durchführung von Workshops Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse Ziel: Vorschlagsliste mit Prioritätensetzung 	<ul style="list-style-type: none"> Einarbeitung der priorisierten Vorschläge in den Haushaltsplanentwurf Beschluss des Haushalts durch die Stadtverordnetenversammlung (Budgethoheit des Parlaments) 	<ul style="list-style-type: none"> Laufende Information über die Internetplattform Berichterstattung in Bürgerversammlungen auch als Auftakt für den Bürgerhaushalt 2014 Wissenschaftliche Begleitung

ressierten, unabhängig von Alter und Einwohnerstatus, über übliche Kommunikationswege mit Fokus auf einer einzurichtenden Internetplattform zu allen Bereichen des Haushalts Vorschläge eingereicht werden. Diese Vorgehensweise unterscheidet sich grundlegend vom Konzept des Kölner Bürgerhaushalts, das uns der finanzpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Karl Jürgen Klipper, in Wiesloch vorstellte. Köln hat seit dem Doppelhaushalt 2008/09 einen Bürgerhaushalt mit hohen Beteiligungszahlen, der allerdings für jedes Haushaltsjahr unterschiedliche Themenbereiche – 2010 zum Beispiel Umweltschutz und Bildung – zur Beratung vorsieht. Genau dies wollen wir nicht. Es wird keine Vorfestlegungen auf bestimmte Produktgruppen des Haushalts geben, sondern eine breit angelegte Partizipation quer durch alle Bereiche. Die Schwerpunkte ergeben sich durch die von den Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Vorschläge. Das erhöht die Qualität des Haushalts insgesamt, denn wir können als Stadtverordnete zukünftig auch die wertvollen Ideen und Kenntnisse der am Haushaltswesen interessierten Bevölkerung bei der Beschlussfassung berücksichtigen.

Falsches Konzept der SPD

Es ist zu betonen, dass eine seriöse Entscheidungsgrundlage für einen Bürgerhaushalt nicht aus dem von der SPD vorgeschlagenen Verfahren bestehen kann, den Bürgerinnen und Bürgern pauschal einfach 50 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, über die diese frei entscheiden können. Zum einen wollen wir den direkten Einfluss der Bürgerinnen und Bürger nicht von vornherein auf 1,7 Prozent des Haushalts beschränken, zum anderen widerspricht die direkte Bürgerentscheidung der Rechtslage. Die Hessische Gemeindeordnung schreibt die unveräußerliche Budgethoheit der Stadtverordnetenversammlung fest; nur

diese darf einen Haushalt beschließen. Da die SPD das auch weiß, handelt sie als Erwartungsbetrüger, die wissentlich nicht einlösbare Erwartungen weckt. Damit wird Politikverdrossenheit provoziert, die durch einen guten Bürgerhaushalt gerade abgebaut werden soll. Unser Vorgehen schafft eine weitgehende Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei Beibehaltung der Budgethoheit des Parlaments und Stärkung der repräsentativen Demokratie, die für uns aus guten Gründen ein fester Grundsatz ist.

Außerdem darf sich die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auch nicht nur auf das Ausgeben von zusätzlichem Geld beschränken. Angesichts des Ziels der Haushaltskonsolidierung müssen sich die Teilnehmer an diesem Projekt auch mit Vorschlägen zu Einsparungen beschäftigen. Frankfurt steht vor der Aufgabe, trotz schwieriger Finanzlage die gute soziale Infrastruktur weiter zu erhalten und für die Zukunft wichtige Investitionen beispielsweise bei der Bildung und für die Familien vorzunehmen. Das SPD-Vorgehen hat daher den Charakter einer Mehrausgabe für Projekte, die sich nicht mehr einem qualitativen Vergleich und Prioritätensetzungen unterziehen müssten. Mit sorgsamer Mittelverwendung, bei der es jetzt darum geht, die in der Finanzplanung vorgesehene Nettokreditaufnahme von 360 Mio. Euro im Jahr 2011 doch noch soweit wie möglich zu verringern, hat das nichts mehr zu tun.

In der zweiten, der Bewertungsphase, soll die fachliche Einordnung der Vorschläge durch die Verwaltung im Hinblick auf tatsächliche und finanzielle Realisierbarkeit erfolgen. Ein online geführtes und ständig aktualisiertes Ideenmanagement wird die aussichtsreichen Vorschläge in Form eines Rankings darstellen. Die am höchsten bewerteten Ideen sollen schließlich durch „Workshops“ beurteilt werden, die aus



Berichteten über Bürgerhaushalt-Projekte in ihren Städten: Die finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen in Köln und Wiesbaden, Karl-Jürgen Klipper (l.) und Petermartin Oschmann (2. v. l.). Bild: Rotberg

neutralen Bürgerinnen und Bürgern bestehen, die nach dem Zufallsprinzip ermittelt werden. Diese nehmen erneut eine Priorisierung der Projekte vor, die schließlich als Maßnahmenbündel in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet werden.

Bürger wirken bei der Haushaltsaufstellung mit

Wenn der Magistrat dieses Konzept von Stadtkämmerer Becker beschließt, so ist dies in der laufenden Wahlperiode der vorläufige Schlussstein auf den Initiativen der Koalition zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung. Mit diesem partizipativen Verfahren erhoffen wir uns, ein Potenzial von Menschen anzusprechen, die auf Teilhabe an der Gestaltung der Zukunft dieser Stadt Anspruch erheben. Sie sind engagiert in Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden oder einfach Menschen, denen ihr Wohnumfeld und der Erhalt der guten Lebensqualität in Frankfurt am Main wichtig ist. Machen viele mit, so erreichen wir mit dem Frankfurter Bürgerhaushalt in den kommenden Jahren einen Etat, in dem die Interessen der Bürgerinnen und Bürger noch stärker zum Tragen kommen als bisher. Dieser neue Weg passt sehr gut zur traditionsreichen Bürgerstadt Frankfurt am Main.

Ansiedlung von DB Schenker ist ein Erfolg Frankfurter Wirtschaftspolitik

CDU-Fraktion zeigt sich erfreut über Standortentscheidung

„Wir freuen uns, dass die Bahn AG die Zentrale ihrer Logistik-Sparte in Frankfurt am Main ansiedeln will. Das ist eine gute Nachricht für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main und für die Arbeitnehmer in Stadt und Region“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Helmut Heuser.

Das Logistikunternehmen der Bahn, DB Schenker, gibt seinen bisherigen Sitz in Berlin auf und geht mit mehreren hundert Mitarbeitern nach Frankfurt am Main. In der neuen Zentrale, für die sowohl das Airrail-Center wie auch der neue Stadtteil Gateway Gardens im Gespräch sind, wird der grenz-

überschreitende, internationale Schienengüterverkehr organisiert.

Frankfurt hat sich damit im Wettbewerb um den Holding-Sitz gegen Duisburg durchgesetzt. Pluspunkte für Frankfurt sind die zentrale Lage, die hervorragende Erreichbarkeit sowie die Tatsa-



Schnittstelle zwischen Luft- und Landverkehr: Container im „DB Schenker Luftfracht-Europa-Hub“ auf dem Flughafen in Frankfurt am Main. Bild: dpa

che, dass in Kelsterbach bei Frankfurt bereits die Deutschland-Zentrale von Schenker beheimatet ist. „Mitentscheidend für die Attraktivität Frankfurts ist aber auch die weitsichtige und von der CDU getragene Wirtschafts- und Planungspolitik. Der Ausbau des Flughafens, die Stärkung der Verkehrsdreh-scheibe und die Entwicklung des Standorts Gateway Gardens sind wichtige Argumente zur Ansiedlung neuer Unternehmen. Und nicht zuletzt ausschlaggebend war bei Schenker auch der persönliche Einsatz von Oberbürgermeisterin Petra Roth und Wirtschaftsdezernent Markus Frank, die bei der Bahn AG unermüdlich für Frankfurt geworben haben“, so Heuser. (red)

Condor zieht nach Gateway Gardens

Weiteres Unternehmen entscheidet sich für neuen Stadtteil am Frankfurter Flughafen

Auch die Condor Flugdienst GmbH hat sich für Frankfurt am Main entschieden. Das zurzeit in Kelsterbach niedergelassene Unternehmen siedelt sich in Frankfurts neuem Stadtteil Gateway Gardens in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flughafen an. Geplant ist ein siebengeschossiges Gebäude, in dem die Zentrale des Urlaubsfliegers inklusive Flight-Ope-

ration-Center und ein Schulungszentrum mit Flugsimulator eingerichtet werden. Die Condor Flugdienst GmbH profitiert von der attraktiven Lage des 3.100 qm großen Grundstücks im Quartier Mondo (Baufeld MK 11) zwischen dem zentralen Platz und dem Park. Die Fertigstellung ist für Frühjahr 2012 geplant.

„Die Infrastruktur, die Frankfurt am Main auf- und ausgebaut hat und weiter pflegen wird, hat erneut hervorragende Früchte getragen“, sagte die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und betonte, dass das Unternehmen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Frankfurt herzlich willkommen sei.

Für den neuen Standort, der einen direkten und damit zeitsparenden Zugang zum Flughafengelände bietet, hat sich auch Frankfurts Wirtschaftsdezernent Markus Frank (CDU) stark eingesetzt. „Wir freuen uns sehr über die Ansiedlung der Condor Flugdienst GmbH. Ich bin davon überzeugt, dass Gateway Gardens der renommierten Fluggesellschaft die idealen Voraussetzungen für einen effizienten Betrieb und damit wirtschaftlichen Erfolg bietet.“ In Gateway Gardens wird Condor ca. 380 Bodenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter beschäftigen und die Einsatzbesprechungen der rund 2.000 Crewmitglieder vor den Flügen durchführen. (red)



Kommt nach Frankfurt am Main: Die Zentrale des Ferienfliegers „Condor“. Bild: dpa

Frankfurter Flughafen sichert Jobs in der gesamten Region

CDU-Fraktion sieht große Entwicklungschancen für Fluggesellschaften in Gateway Gardens



Die CDU-Fraktion blickt auf die Großbaustelle der künftigen Landebahn Nordwest am Frankfurter Flughafen.

Bilder: Rotberg / dpa

Die CDU-Fraktion tagte auch in diesem Jahr im Airport Conference Center des Frankfurter Flughafens. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein eineinhalbstündiges Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden des Flughafenbetreibers Fraport AG, Dr. Stefan Schulte, sowie eine Besichtigung der Baustelle der Landebahn Nordwest und des neuen Terminalbereichs A-Plus. „Wir stehen als Frankfurter CDU überzeugt zur Erweiterung des Flughafens und freuen uns über den jetzt sichtbaren Ausbau, der nach jahrzehntelanger, oftmals zäher politischer Diskussion nunmehr mit Siebenmeilenstiefeln voranschreitet“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Heuser.

Es sei beeindruckend zu sehen, wie die künftigen Flugzeugrollwege von und zur Nordwest-Bahn über die A3 und die ICE-Trasse Gestalt annehmen. Und mit dem A-Plus-Finger werde ab 2012 eine der modernsten Terminalanlagen mit vielfältigsten Einzelhandels- und Gastronomie-Angeboten für bis zu 6 Mio. Passagiere pro Jahr den Schwerpunkt der zukünftigen A380-Abfertigung der Lufthansa bilden. „Dadurch wird der Standort Frankfurt als internationales Luftfahrtkreuz und größter Passagierflughafen auf dem europäischen Kontinent nachhaltig gesichert“, zeigte sich Heuser überzeugt.

Heuser hob in diesem Zusammenhang einmütig mit dem Vorstandsvorsitzenden Schulte die Rolle der Fraport AG als Wirtschaftsmotor der gesamten Region hervor. So habe der Flughafenbetreiber im Bilanzjahr 2009 Firmenaufträge mit einem Gesamtvolumen von 1,14 Mrd.

Euro erteilt und damit nach vorliegenden Schätzungen über 25.000 Arbeitsplätze bei den beauftragten Unternehmen gesichert. „Davon gingen nicht nur rund 70 Prozent des Auftragsvolumens an einheimische Firmen in der Region Rhein-Main, sondern über 90 Prozent der Aufträge hatten ein Volumen von maximal 10.000 Euro und sind an kleinere Betriebe vergeben worden. Das ist die Förderung des Mittelstandes, die wir uns vom Jobmotor des Frankfurter Flughafens versprechen“, sagte Heuser.

Auch in verkehrlicher Hinsicht stimmten Heuser zufolge die aktuellen Zahlen sehr optimistisch, dass Frankfurt-Airport seine Stellung als europäischer Mobilitätsknoten sichern und weiter ausbauen könne. So sei das Passagieraufkommen im ersten Quartal 2010 um 3,9 Prozent auf gut 11,3 Mio. und das Cargo-Aufkommen um 31,5 Prozent auf gut 535.000 Tonnen gestiegen.

Als wichtigen Baustein auf dem Weg zum Rhein-Main-Flughafen der Zukunft bezeichnete der CDU-Politiker den neuen Flughafen-Stadtteil Gateway Gardens, der sich in hohem Maße zu einem attraktiven Standort für Unternehmen der Luftfahrtbranche entwickeln werde. „Der geplante Umzug des Flugdienstleisters Condor von Kelsterbach nach Gateway Gardens unterstreicht die vielfältigen Vorteile dieser wachsenden Flughafen-Stadt. Die regionale und internationale Anbindung des Stadtteils ist einfach Spitze und das Umfeld in Flughafennähe ideal für eine Airline“, äußerte sich der Stadtverordnete erfreut über den Erfolg von Wirtschaftsdezernent Stadtrat Markus Frank (CDU). „Die kluge Wirtschafts- und Planungspolitik der Frankfurter CDU trägt Früchte, und wir werden alles unternehmen, um weitere Luftfahrtgesellschaften und andere Branchen von der Lage in Gateway Gardens zu überzeugen“, sagte Heuser. (jr)

Endlich auf einem guten Weg!

Zur Geschichte der Praunheimer Umfahrung



Von

Thomas RätzkeMitglied des
Verkehrsausschusses

Die von der Stadtverordnetenversammlung mit dem Gesamtverkehrsplan beschlossene Ortsumfahrung Praunheim wird zu einer Verkehrsentslastung auf der Heerstraße und im Ortskern Praunheims, speziell in der Haingrabenstraße und in Alt-Praunheim, von bis zu 30 Prozent führen. Die CDU-Fraktion hat sich immer wieder für diese Straßenbaumaßnahme stark gemacht, um den seit Jahrzehnten von Abgasen und Lärm geplagten Ortskern von Praunheim zu entlasten, eine schnelle Ost-West-Verbindung im Frankfurter Norden zu schaffen und die Wohngebiete zu beruhigen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass bereits seit circa 80 Jahren Pläne zu einer Entlastungsstraße für Praunheim diskutiert werden.

Schon im 1. Jahrhundert n. Chr. führte eine Straße von der Wetterau über die römische Siedlung Nida (Heddernheim) nach Mainz. Noch heute ist diese Trasse (Heerstraße) im Bereich Praunheim die einzige West-Ost-Verbindung nördlich der Nidda auf Frankfurter Gebiet. Jahrhunderte lang diente sie den Menschen, die zu Fuß, zu Pferd oder mit dem Pferdefuhrwerk zwischen den Dörfern Sossenheim, Praunheim und Heddernheim unterwegs waren, als Straße.

1910 wurden u. a. die Dörfer Praunheim und Heddernheim nach Frankfurt eingemeindet. Zwischen 1926 und 1931 wurden unter der Leitung von Ernst May die Siedlungen Römerstadt

in Heddernheim, die Siedlung Praunheim und die Siedlung Westhausen in Praunheim erbaut. Dadurch verdoppelte sich innerhalb von wenigen Jahren die Einwohnerzahl Heddernhems und Praunheims. Die zunehmende Motorisierung und die expandierenden Heddernhemer Kupferwerke belasteten darüber hinaus die vorhandenen Straßen enorm.

Schnellstraße wurde schon den 30er Jahren geplant

Die in den 30er Jahren geplante Schnellstraße nördlich von Praunheim ließ auf eine Verringerung des Straßenverkehrs in Praunheim und Heddernheim hoffen. Der Zweite Weltkrieg schob jedoch diese Hoffnung in weite Ferne.

Nach der Befreiung Westdeutschlands bestätigten die Stadtverordneten am 29. September 1949 den alten Flächennutzungsplan und somit die geplante Schnellstraße. Umgesetzt wurden neue Straßenplanungen jedoch kaum, da in den 50er Jahren der Wiederaufbau im Vordergrund stand. Neuere Planungen sahen nun auch eine Verlängerung der Ludwig-Landmann-Straße nach Steinbach sowie eine Schnellstraße vom Westend nach Oberursel (Nordweststraße) vor.

Wie nach dem Ersten Weltkrieg kam Mitte der 50er Jahre wegen der Wohnungsnot erneut der Gedanke auf, am Stadtrand Trabantenstädte zu gründen. Die Idee der Nordweststadt wurde geboren. Sie wurde zunächst im Flächennutzungsplan von 1953 auf dem Gebiet nördlich von Niederursel vorgesehen. Nach hartnäckigen Widerständen aus Niederursel wegen einer zu großen Belastung wurde nun im Flächennutzungsplan von 1958/59 die Siedlung zwischen der Bebauung Niederursels, Praunheims und Heddernhems im Bereich des beabsichtigten Verkehrsknotens des Rhein-Main-Schnellwegs (teilw. Praunheimer Umfahrung) mit der Nordweststraße geplant. Die Ausschreibung für die Nordweststadt verlangte, dass nicht nur die Verkehrsachsen berücksichtigt werden sollten, sondern dass das Einkaufszentrum unmittelbar am Verkehrsknoten errichtet werden sollte. Den bis-



Flächennutzungsplan von 1949 mit der zwischen Niederursel und Heddernheim eingezeichneten Schnellstraße.

Bild: privat

herigen Grundstückseigentümern aus Praunheim und Heddernheim gegenüber wurde argumentiert, dass durch die direkte Anbindung der Siedlung an die Hochleistungsstraßen die Belastung der alten Ortskerne nicht so groß wäre wie an dem Orts, und darum dieses Gelände, ein bisheriges Naherholungsgebiet, gewählt wurde.

Bau der Nordweststadt

Und in der Tat: Beim Bau der Nordweststadt (ab 1961) wurden die Trassen für die Schnellstraßen berücksichtigt! Der Generalverkehrsplan von 1962 sah die Umfahrung Praunheim als Teilstück einer nordwestlichen Tangente Sossenheim – Eschersheim vor. Im Flächennutzungsplan Frankfurt vom 1. August 1972 ist die Ortsumfahrung Praunheim als Ortsverbindungsstraße von der Guerickestraße bis zur Dillenburger Straße enthalten.

Nach Bezug der Nordweststadt kam erster Widerstand aus der Bevölkerung gegen den Straßenbau. Die Notwendigkeit der Umfahrung wurden angezweifelt. In den folgenden Jahren wurden nun Verkehrszählungen durchgeführt. Die Zählungen ergaben stets, dass der Verkehr auf dem alten Straßennetz zunahm.

Da in den 70er Jahren eine breite parlamentarische Mehrheit für den Bau der Nordweststraße bestand, wurde von der Stadt zunächst der Bau der Nordweststraße (Rosa-Luxemburg-Straße) vorangetrieben. Nach der Anbindung der Nordweststraße vom NW-Zentrum an den Miquelknoten wurde eine Entlastung von Praunheim und Heddernheim unterstellt. Eine Verkehrszählung konnte dies allerdings nicht bestätigen.

Verzicht auf die überörtliche Schnellstraße

Der Generalverkehrsplan 1976/82 verzichtete auf eine überörtliche Schnellstraße und beschränkte zunächst die

Planung der Praunheimer Umfahrung auf den Abschnitt Guerickestraße/Verlängerung Ludwig-Landmann-Straße bis zum Praunheimer Weg. In der Planung des Umlandverbands blieb jedoch die Absicht, die Straße bis zum Nordwestzentrum zu bauen, erhalten.

Nachdem 1982 die Werke der VDM-Heddernheim (frühere Kupferwerke) geschlossen wurden, beabsichtigten die Stadt und die Metallgesellschaft als Eigentümerin auf dem Gelände sowohl eine Wohnsiedlung (Riedwiese) als auch ein größeres Gewerbegebiet (Mertonviertel) zu bauen. Befürchtungen, dass dies zu mehr Verkehr in Heddernheim und Praunheim führen könne, wurden mit dem Hinweis auf die vorgesehene Umfahrung abgetan. Mertonviertel und Riedwiese sind inzwischen bezogen.

1986 wurde das marode Nordwestzentrum durch eine Privatisierung gerettet. Auch der durch Investitionen erzeugte wirtschaftliche Aufschwung des Einkaufszentrums sorgte für zunehmenden Verkehr. Nachdem 1994 die Nordweststraße Richtung Oberursel (Niederurseler Umfahrung) fertiggestellt wurde, wurde wieder die Notwendigkeit der Praunheimer Umfahrung infrage gestellt. Erneute Zählungen ergaben jedoch keine Entlastung.

2002 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung, eine Verkehrsführung der Praunheimer Umfahrung parallel zur Autobahn A5 – also ortsfern – zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigten statt einer nennenswerten Entlastung von Praunheim und Heddernheim eine Zunahme des gesamten Verkehrs im Frankfurter Nordwesten als Entlastung der Autobahn A5.

2003 wurde beschlossen, das künftige „Gewerbegebiet nördlich Heerstraße“ über die Umfahrung Praunheims zu erschließen. Die umfangreiche Erweiterung des Nordwestzentrums 2004 erzeugte weiteren Verkehr im benachbarten Straßennetz.

Wende mit dem Gesamtverkehrsplan

2005 ergänzte die Stadtverordnetenversammlung den Gesamtverkehrsplan dahingehend, dass auch die Stadt Frankfurt die Praunheimer Umfahrung von der Ludwig-Landmann-Straße bis zum Nordwestzentrum plant. Hierfür soll die Europäische Schule am Praunheimer Weg unterfahren werden.

Seit 2006 werden Verkehrszählungen durchgeführt und die Vorplanung erarbeitet. 2009 wurde zudem erwirkt, dass die Planungen der Umfahrung Praunheim und der Regionaltangente West (RTW) im Nordwesten Frankfurts miteinander abgestimmt werden.



Alt-Praunheim von Verkehr entlasten – die Stadtverordneten der CDU-Fraktion setzen sich dafür ein. Bild: Weis

Klimaschutz und Mobilität durch Solarstrom

Frankfurter Wohnungsbaukonzern setzt auf Fotovoltaikanlagen

Auf den Dächern von 19 Liegenschaften der städtischen ABG Frankfurt Holding GmbH entstehen im Nordend, in Heddernheim und Bockenheim nahezu 3.000 qm Fotovoltaikfläche. Hierdurch wird eine jährliche CO₂-Einsparung von 200 Tonnen erreicht. Mit dem Ausbau der Fotovoltaikanlagen

auf den Dächern ihrer Liegenschaften setzt die ABG FH, die sich bereits einen Namen als „Passivhaus-Macher“ erworben hat, konsequent auf das Thema Klimaschutz in Frankfurt. Die bis zum 1. Juli 2010 in Betrieb gehenden Anlagen erwirtschaften einen Jahresertrag von rund 300.000 kWh. Das entspricht einem Energieverbrauch von rund 60 Vier-Personen-Haushalten im Jahr.

„Mit diesem Beteiligungsmodell kann jeder Mieter und jede Mieterin einen individuellen Beitrag zur klimafreundlichen Energieerzeugung und CO₂-Einsparung leisten und sogar noch Geld verdienen – eine beispielhafte Win-Win-Situation“, sagte die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU).

Die auf den Dächern produzierte Energie kann genutzt werden, um die Akkus von Elektrofahrzeugen zu laden – ein weiterer Baustein des Klimaschutzprogramms der ABG FH. Mit der ABGnova, einem gemeinsamen Tochterunternehmen der ABG FH und der Mainova, werden 40 Elektrofahrzeuge getestet und preisgünstig an die Mieterinnen und Mieter in den Passivhaus-Wohnungen vermietet. (red)



Testfahrt mit einem Elektrofahrzeug der ABG: Oberbürgermeisterin Petra Roth und ABG-Chef Frank Junker. Bild: Weis

Das für Mieterinnen und Mieter attraktive Beteiligungsmodell der ABG bietet eine attraktive Festverzinsung des investierten Geldes von 4 Prozent pro Jahr über die gesamte Laufzeit von mindestens fünf und längstens 20 Jahren. Die Mindestanlage beträgt 500 Euro und reicht bis zu einem Betrag von 20.000 Euro.

Elektromobilität im Rhein-Main-Gebiet

Wissenschaftsministerin und Stadtverordnete auf Tour

Unter dem Motto „Erlebnis Elektromobilität – vom Labor auf die Straße“ unternahm die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann (CDU), eine Informationsreise, bei der es um die vielfältigen Anwendungen der Elektromobilität vom Pedelec (Elektrofahrrad) über Segway und Elektromotorroller bis zum Elektroauto ging. Die Ministerin wurde auf Frankfurter Gebiet von einigen CDU-Stadtverordneten und von Wirtschaftsdezernent Markus Frank begleitet. Auf dem Programm standen das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit LBF in Darmstadt, die Projektleitstelle der „Modellregion Elektromobilität Rhein-Main“ in

Offenbach, eine Fahrt mit Pedelecs von Offenbach nach Frankfurt und die Besichtigung der ersten öffentlichen Stromtankstelle von Mainova AG und ABG Frankfurt Holding GmbH. „Hessen kann mit dem Rhein-Main-Gebiet als einem der wichtigsten Verkehrs-

knotenpunkte weltweit eine Vorreiterrolle auf dem zukunftssträchtigen Feld der Elektromobilität übernehmen, wenn die Kompetenzen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik noch stärker als bisher vernetzt werden“, sagte Kühne-Hörmann. (jr)



Mit dem Radel da: Die Stadtverordneten Marcus Scholz, Martin Daum und Lothar Stapf (v. l.) zusammen mit Staatsministerin Kühne-Hörmann und Stadtrat Frank (r.). Bild: Kilian

Ausbreitung von Spielhallen wirksam begegnen

CDU-Fraktion will Spielhallensteuerungsprogramm

Die CDU-Fraktion beobachtet mit großer Sorge die stetige Zunahme von Spielhallen im Stadtgebiet, deren Eröffnung häufig mit negativen Begleiterscheinungen in den betroffenen Stadtteilen verbunden ist und ein enormes Risiko zur Verbreitung von Spielsucht bedeutet. Daher begrüßt die Union nachdrücklich die vom Magistrat geplante Einschränkung der Öffnungszeiten von Spielhallen und die Rücknahme der Beschwerde gegen den Beschluss zum Bau einer Spielhalle in Niederursel durch den Magistrat.

In einem Antrag beauftragt die CDU jetzt den Magistrat, weitere Maßnahmen zur besseren Steuerung der Verbreitung von Spielhallen zu prüfen und

diese in einem Spielhallensteuerungsprogramm umzusetzen.

Ansatzpunkte sind nach Aussage des sicherheitspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Dr. Walter Seubert, unter anderem der Erlass von oder die Änderung bereits bestehender Bebauungspläne. „Wir verfolgen damit das Ziel, die Niederlassung von Spielhallen für unzulässig zu erklären. Zugleich kann eine Überarbeitung der Stellplatzsatzung mit der Absicht, dass Spielhallen zukünftig einen – gemessen an ihrer Nutzfläche – der Realität entsprechenden Parkplatzbedarf nachweisen müssen, sinnvoll sein“, so Seubert.

Für Seubert steht überdies fest, dass Spielhallen in den Frankfurter Stadttei-

len mit hohem Wohnanteil nicht sozialverträglich sind. „Die von Spielhallen und dem Besucherclintel ausgehenden Belästigungen, etwa ganztägiger und vor allem nächtlicher Lärm, sind für die Nachbarschaft nicht zumutbar“, so der Stadtverordnete. (jr)

Der einarmige Bandit – so nannte man schon bald den ersten Spielautomaten mit dem charakteristischen Hebelarm, der Ende des 19. Jahrhunderts in den USA konstruiert wurde. Im Kampf gegen die Glücksspielsucht will die CDU-Fraktion Spielhallen im Stadtgebiet eindämmen. Bild: dpa



OB Roth besuchte die „Bahnhofsviertelnacht“

Stadt poliert den Ruf des Rotlichtdistrikts auf

Das Frankfurter Bahnhofsviertel feierte am 16. August mit Rundgängen und Führungen seine Vielfalt und versuchte damit, seinen Ruf als Prostitutions- und Drogendistrikt zu korrigieren. Doch trotz positiver Ansätze gibt es immer noch genug Probleme. Seit einigen Jahren be-

müht sich die Stadt intensiv darum, das Bahnhofsviertel rund um die Kaiserstraße wiederzubeleben. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau in Hessen“ wird das Bahnhofsviertel als innerstädtischer Wohn- und Geschäftsort mit einem vielfältigen sozialen und

kulturellen Angebot sowie einem breiten Spektrum von unterschiedlichen Wohnformen gestärkt sowie das Image des Stadtteils aufgewertet.

Mit den auf Initiative der CDU-Fraktion gefassten Förderrichtlinien Bahnhofsviertel wurde ein Instrument geschaffen, das es Eigentümern ermöglicht, mit günstigen Krediten Büro- in Wohnraum umzugestalten. Auf diese Weise entstehen geräumige Wohnungen in den prächtigen Gründerzeitbauten des Bahnhofsviertels. Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) gibt sich überzeugt von dem Kurs: „Wir haben in den vergangenen Jahren einen starken Wechsel vollzogen“, sagte sie bei einer Begehung während der Bahnhofsviertelnacht. (jr)



Unterwegs im Bahnhofsviertel: Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Bild: dpa

Sozialräumliche Erkundungen bei Sonnenschein

Stadtteilrundgang mit der CDU-Fraktion durch Niederrad

Wie durch den neuen Fraktionsvorsitzenden Helmut Heuser angekündigt, wird die CDU-Fraktion in den kommenden Wochen verstärkt in die Stadtteile gehen und zu allen wichtigen kommunalpolitischen Fragen das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern an Ort und Stelle suchen. Den Anfang machte am 15. September der Stadtteilrundgang mit Bürgergespräch in Niederrad.

Die Fraktion hat zunächst den hochmodernen Neubau der Bereichswache der Berufsfeuerwehr an der Schwanheimer Straße in Augenschein genommen, bevor sie bei schönstem Sonnenschein zum zentralen Bruchfeldplatz aufbrach. Dort präsentierte der CDU-Stadtbezirksverband Niederrad seine Idee, zur Verbesserung der Geschäftssituation im Ortskern von Niederrad den Platz gestalterisch aufzuwerten und mit einer Quartiersgarage zu unterbauen. Zusammen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) besuchte die Fraktion aber nicht nur das Geschäftszentrum des Stadtteils und sprach mit Gewerbetreibenden, sondern informierte sich auch über die Situation an der Salzmann-Hauptschule und vor allem über den Ausbau der sozialen Infrastruktur im Stadtteil.

Eine wichtige Station war der Neubau des Altenzentrums St. Josef der katholischen Pfarrgemeinde Mutter zum Guten Rat, den Pfarrer Werner Portugall



Angeführt von Fraktionschef Helmut Heuser und der örtlichen Stadtverordneten Eva-Maria Lang (l.), wanderte die CDU durch Niederrad. Bild: Rotberg

Auf dem Bruchfeldplatz präsentierte die CDU Niederrad ihr Konzept für eine Quartiersgarage. V.l.: OB Petra Roth, Fraktionschef Helmut Heuser, Stadtverordnete Dr. Bernadette Weyland und Hans-Jürgen Weniger, Vorsitzender CDU Niederrad. Bild: Rotberg



vorstellte. Das Altenheim, das qualifizierte ganzheitliche Pflege durch examiniertes Fachpersonal bietet, ermöglicht Senioren auf vorzügliche Weise, im Stadtteil und in der vertrauten Umgebung zu bleiben. Es ist sehr stark in die Kirchengemeinde eingebunden, und die günstige Lage im Herzen Niederrads ermöglicht den Heimbewohnern, kleinere Besorgungen noch selbst zu erledigen. Das Altenheim wird noch in diesem Jahr in den gegenüberliegenden Neubau für 48 Bewohner umziehen. Dann werden die derzeit 33 Senioren den Altbau verlassen, der nach dem Auszug aller Bewohner von Grund auf saniert und für Zwecke des betreuten Wohnens umgebaut wird. Die übrigen 15 Plätze des von Caritasverband und Pfarrei getragenen Neubaus stehen speziell für Migranten im höheren Alter zur Verfügung, die aus dem katholischen Süden, etwa Portugal, Spanien oder Italien, stammen.

Der Rundgang endete in der Siedlung Mainfeld, wo die CDU-Fraktion einen behutsamen und vor allem sozialverträglichen Umbau der vorhandenen

Wohngebäude in Verbindung mit einer infrastrukturellen und stadtplanerischen Neukonzeption anstrebt, der aus der spezifischen Problemsituation dieser Großsiedlung führen kann. Ein erster Baustein ist dabei der auf Initiative der Niederräder CDU-Stadtverordneten Eva-Maria Lang eingerichtete Jugendtreff „Mainfeld-Villa“, der neben dem offenen Treff am Dienstag und Donnerstag abends auch andere Möglichkeiten bietet, seine Freizeit zu verbringen oder sich Unterstützung in vielen Lebenslagen zu suchen. Der Treff wird sehr gut angenommen und hat für einige Beruhigung in Niederrad gesorgt. Sozialdezernentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld verwies insbesondere auf das im Jugendtreff erfolgreich angebotene Eltern-Kind-Café, das im Rahmen des von der CDU entwickelten Konzepts der Sozialräumlichen Familienbildung (SoFa) angeboten wird. Beim anschließenden Bürgergespräch im Vereinszentrum trugen Bürgerinnen und Bürger aus dem Mainfeld ihre Anregungen und Wünsche vor. (jr)

Gesundheitspolitik in der Region Madrid

Studienreise des Sozialausschusses in die spanische Hauptstadt

Den Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung führte seine Studienreise vom 10. bis 13. Mai 2010 in Spaniens Hauptstadt Madrid. Das vom Büro von Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (CDU) zusammengestellte Programm gab den Reiseteilnehmern Gelegenheit, einen Einblick in die Sozial- und Gesundheitspolitik in der Region Madrid zu nehmen.

Am Beginn der Informationstour stand ein Besuch der Firma Technosite der Blindenorganisation ONCE. Die Firma Technosite ist ein Pionierbetrieb Spaniens für den Zugang zu neuen Technologien und Wissen für behinderte Personen. Die spanische Blindenorganisation ONCE schafft und vermittelt sehr erfolgreich Arbeitsplätze für blinde und sehbehinderte Menschen. Mittlerweile profitieren über 68.000 sehbehinderte und blinde Mitglieder von dem vielfältigen Serviceangebot. Neben der allgemeinen Beratung und psychologischen Betreuung können Betroffene Bildungsangebote nutzen und Unterstützung in Schule und Universität erhalten.

Anschließend informierte sich die Reisegruppe im Psychiatrischen Institut José Germain. Dies ist eine öffentliche Einrichtung für geistig Kranke in der Region von Madrid. Das Zentrum besteht aus Krankenhaus- und Gesundheitseinrichtungen, Rehabilitationszentren, ambulanter Betreuung, Wohneinheiten, Tagesklinik und be-

treuten Wohnungen. Das Institut arbeitet eng mit mehreren Universitätskliniken und psychiatrischen Einrichtungen zusammen. Bei dieser Gelegenheit konnten die Frankfurter Kommunalpolitiker erkennen, dass die Stadt Frankfurt am Main gerade vor dem Hintergrund von menschenwürdigen Lebensbedingungen für kranke Menschen der Region Madrid einen großen Schritt voraus ist.

Das spanische Drogenberatungssystem lernte die Studiengruppe durch den Besuch von zwei Drogenberatungszentren des CAID (Centro de Atención Integral a Drogodependientes) kennen. Das CAID bietet eine umfassende Behandlung der Drogenabhängigkeit durch ambulante Hilfen. In Abweichung von den dezentralen Strukturen in Deutschland ist das Drogenhilfesystem wie das gesamte Gesundheitssystem in Spanien streng zentralistisch organisiert; jeder Spanier wird aufgrund seines Wohnorts einer bestimmten Einrichtung zwangsweise zugeordnet.



Die Sozialpolitiker der CDU-Fraktion zu Gast bei der Firma Technosite der spanischen Blindenorganisation ONCE. Bild: privat

Mit dem Besuch der Asociación Cultural Norte Joven informierten sich die Teilnehmer über ein Non-Profit-Unternehmen, das sich seit 1985 für die soziale Integration benachteiligter jugendlicher und junger Erwachsener einsetzt. „Die Studienreise nach Madrid hat gezeigt, dass die Sozial- und Gesundheitseinrichtungen in Frankfurt am Main gegenüber den spanischen Verhältnissen einen hohen Standard haben“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Stephan Siegler. (an)



Impressionen der spanischen Hauptstadt.

Bilder: dpa

Integrationspolitik für Frankfurt in Zeiten der Sarrazin-Debatte



Von

Thomas Kirchner

Integrationspolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion

Verfolgt man die Integrationsdebatte der letzten Wochen und Monate, so muss man sich schon über diejenigen wundern, die Dr. Thilo Sarrazin als den „ersten Aufrechten“ ansehen, „der es wagt, Schief lagen in diesem Politikfeld offen anzusprechen“. Die Politik selbst, so heißt es verallgemeinernd, „hätte das Thema jahrelang verschlafen“.

Gerade wir Christdemokraten haben allen Grund, dieser Behauptung entschlossen entgegenzutreten, denn sie ist schlichtweg falsch. Dass derartige Äußerungen getätigt werden, zeigt aber, wie schnelllebig die Zeit ist, in der wir leben, und wie kurz das Gedächtnis vieler Bürgerinnen und Bürger ist.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands und ihre Mitglieder haben keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Wir waren es, die gegen den erbitterten Widerstand linker politischer Kräfte wichtige und

richtige Maßnahmen in der Integrationspolitik durchgesetzt haben, bei deren Einführung wir beschimpft und angefeindet wurden.

Als die CDU-geführte Hessische Landesregierung vor nunmehr zehn Jahren als erstes Bundesland Vorschulkurse zur Sprachförderung von Kindern von Zuwanderern einführte, da wurde sie der „Deuschtümelei“ und „Zwangsgermanisierung“ bezichtigt. Heute sind diese Kurse allgemein anerkannt und werden in vielen anderen Bundesländern angeboten.

CDU Hessen hat als erste Deutschkurse eingeführt

Es war die CDU, die Integrationskurse für neu nach Deutschland Zugewanderte durchgesetzt hat, die Teilnehmern in 645 Stunden Deutsch beibringen und sie mit der deutschen Geschichte, Kultur und unserer staatlichen Ordnung vertraut machen.

Wir waren es, die eine Entwertung der deutschen Staatsangehörigkeit durch die allgemeine Einführung der Mehrstaatlichkeit sowie die Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Staatler verhindert und dafür gesorgt haben, dass deren Erwerb unter anderem an folgende Bedingungen geknüpft ist:

- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache
- Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland sowie ein
- Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir sind es, die extremistischen Organisationen von links, rechts und aus dem islamistischen Spektrum konsequent entgegentreten und so den demokratischen Rechtsstaat und das Grundgesetz vor jenen schützen, die ihn zerstören oder unterwandern wollen. Es war denn auch der Christdemokrat Armin Laschet (Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen), der auf antisemitische Tendenzen bei moslemischen Jugendlichen hingewiesen hat.



Muslime in Deutschland gehören immer noch zu der Gruppe von Migranten, die die schlechtesten Deutschkenntnisse haben. Die Landessprache sprechen zu können ist aber die wichtigste Voraussetzung für Integration und Erfolg. Bild: dpa

Dies tun wir auch im Römer wie keine andere Partei, und das überaus erfolgreich, wie der Rauswurf eines radikalen Imams und Hausverbote für radikale Prediger, die die Stadt Frankfurt zusammen mit den jeweiligen Vereinen und integrationspolitischen Institutionen bewerkstelligte, belegen.

10 Thesen der CDU-Fraktion

In den 10 Thesen, die die CDU-Fraktion im Römer formuliert hat und die sich auch im neuen Integrationskonzept der Stadt Frankfurt am Main wiederfinden, sind unsere Vorstellungen als Christdemokraten von Integration zusammengefasst. Forderungen und Verpflichtendes sind klar formuliert:

- die integrationsfördernde Stellung der deutschen Sprache
- die Anerkennung und Achtung der politischen und gesellschaftlichen Kultur und demokratischen Grundordnung unseres Landes
- die Achtung des Rechts auf ein selbstbestimmtes Leben eines jeden Einzelnen in religiösen Fragen und bei der Partnerwahl
- die Achtung des Grundsatzes, dass eine Gesellschaft nur funktionieren kann, wenn alle Mitglieder die gleichen Rechte, aber auch Pflichten haben, sowie
- Kenntnisse der deutschen Geschichte und der Geschichte Frankfurts

Aber eine Politik, die sich an den christlichen Werten unseres Landes orientiert, kann sich nicht allein auf das Fordern beschränken, deshalb steht neben dem fordernden Element immer auch das Fördern, etwa beim Spracherwerb in der Bildung oder beim Einstieg in das Berufsleben. Auch bekennt sich die CDU in einer Stadt, in der über 170 Nationen friedlich mit- oder zumindest nebeneinander leben, zur Vielfalt und den Chancen, die sich daraus für Frankfurt als internationaler Banken- und Handelsmetropole ergeben können.

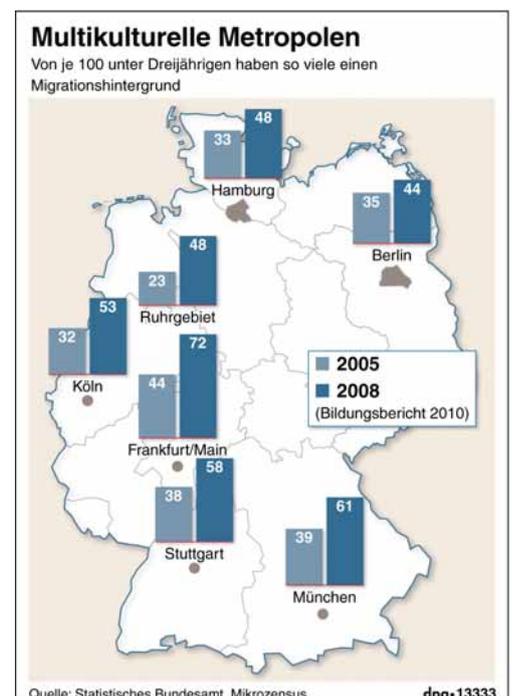


Reger Andrang beim CDU-Infostand auf dem Römerberg anlässlich der diesjährigen Parade der Kulturen am 26. Juni 2010. Bild: Rotberg

Oft entsteht daraus die Frage, ob ein „Integrations- und Diversitätskonzept“, so heißt das Konzept offiziell, welches die Unterschiede der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in unserer Stadt anerkennt und achtet, wirklich integrationsfördernd wirken kann. Dazu zitiere ich aus einer Rede, die der verstorbene ehemalige Dezerent für Integration der Stadt Frankfurt am Main, unser Freund Dr. Albrecht Magen, anlässlich der Verleihung des Integrationspreises im Jahre 2003 gehalten hat. Darin äußert er sich zu der Frage wie folgt:

„Sind das Zusammenwachsen im Aufnahmeland und die Pflege der unterschiedlichen heimatischen Traditionen nicht divergierende Ziele? Das Gegenteil ist richtig. Wer keine Vergangenheit hat, hat keine Zukunft. Wenn wir die Menschen im Zusammenleben unter den Bedingungen ihrer neuen Heimat fördern wollen, dürfen wir ihre Identität, ihr Selbstbewusstsein nicht zerstören. Selbstverständlich achten wir andererseits darauf, dass dabei die rechtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der hiesigen Gesellschaft, die ihnen das Leben hier ermöglicht, nicht negiert, das Miteinander nicht gestört wird.“

Diese Sätze waren und sind ein wichtiger Bestandteil christdemokratischer Integrationspolitik in Frankfurt am Main. Sie stehen für eine ausgewogene Politik des Förderns und Forderns. Insofern steht auch das neue Integrationskonzept in der Tradition der Frankfurter Integrationspolitik – unabhängig davon, welche Partei gerade den Integrationsdezernenten stellt.



Spielstätte für gute Laune und Aufwertung für Alt-Sachsenhausen

CDU-Fraktion hält Wetter gegen geplantes Quast-Theater im Paradieshof für Beckmesserei

Der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Klaus Vowinckel, reagierte mit Unverständnis auf die von der SPD-Fraktion im Römer vorgebrachte Kritik an den Plänen des Kulturdezernats, der „Fliegenden Volksbühne“ des Frankfurter Kabarettisten Michael Quast eine feste Spielstätte im Paradieshof in Sachsenhausen zu errichten. „Wieder einmal offenbart die SPD, wie mutlos sie in die Zukunft blickt“, sagte Vowinckel.

Wenn ein so bravours gefeierter Künstler wie Michael Quast, der Frankfurter Mundart für junge Leute und ein Großstadt-Publikum wieder interessant, lebendig und unterhaltsam macht, Interesse habe, ein Privatthea-

ter zu betreiben, dann müsste auch die Opposition energisch darauf dringen, diesem Theatermann städtischerseits geeignete Räumlichkeiten zu vermitteln. Nichts anderes hätten Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth und Stadtrat Edwin Schwarz in kluger Weise getan. „Stattdessen rechnet die SPD beckmesserisch vor, was es wohl kosten würde, und unterstellt einfach, andere Kultureinrichtungen erhielten zukünftig einen geringeren Zuschuss“, zeigte sich Vowinckel empört über die ebenso kleinliche wie ideenlose Kritik der Sozialdemokraten und bekräftigte: „Es ist nicht beabsichtigt, Zuschüsse für ein anderes Theater zu kürzen. Die ‚Fliegende Volksbühne‘ ist eine wertvolle Ergänzung der Frankfurter Bühnenlandschaft, keine Konkurrenz.“

Vowinckel nannte darüber hinaus einige Vorteile in städtebaulicher Hinsicht, die sich durch ein Theater mit populärem Programm in dieser erstklassigen Lage ergäben. „Wir sichern damit den Erfolg der Sanierung von Alt-Sachsenhausen. Der Paradieshof mit Quast-Bühne wird der Schlussstein in diesem Konzept.“ Dadurch entstehe ein attraktives und hochwertiges Entrée für das Vergnügungsviertel. Es sei vernünftig vom Magistrat gewesen, diese Immobilie über die städtische Grundstücksentwicklungsgesellschaft KEG schnell zu sichern und damit etwaigen Preistreibereien vorzubeugen. „Denn zum

Beispiel leichte Gastronomie haben wir in Alt-Sachsenhausen zuhauf. Unser ‚Apfelweinviertel‘ ist uns lieb. Aber wir wollen dieses historische Quartier durch zusätzliche Angebote beleben“, so Vowinckel. Kultur sei dabei ein bedeutender Faktor, wie sich bereits am Frankensteiner Hof zeige, in dem Ateliers, die Ausstellungen der Klosterpresse und andere Künstler untergebracht sind. „Die Stadt sichert sich somit auch an diesem zentralen Platz einen wichtigen Gestaltungsspielraum“, betonte Vowinckel. Der Stadtverordnete, der auch Sprecher seiner Fraktion im Kulturausschuss ist, stellte außerdem heraus, dass es in Frankfurt noch keine Theaterspielstätte südlich des Mains gebe. „Die Quast-Bühne im Paradieshof wäre das erste Theater im Frankfurter Süden – verkehrlich gut angebunden und optimal vernetzt mit weiteren Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Auch das macht diese Idee so elegant und reizvoll.“

„Für die Stadt ist es insgesamt eine Win-win-Situation: Alt-Sachsenhausen wird weiter aufgewertet, und im Paradieshof wird eine Klasse Spielstätte für gute Laune entstehen, anspruchsvolles Theater in Mundart mit zum Teil noch unentdeckten Texten. Zudem gelänge es uns, mit Michael Quast einen außergewöhnlichen Künstler dauerhaft an Frankfurt am Main zu binden“, so Vowinckel abschließend. (jr)



Sommerfestival „Barock am Main“ der Fliegenden Volksbühne im Höchster Bolongaropalast: Michael Quast (l.), hier als „eingebildeter Kranker“ in dem gleichnamigen Bühnenstück von Molière. Mit auf der Bühne: der Fernsehentertainer Harald Schmidt als Doktor Diafoirus.

Bild: dpa

Die Serengeti liegt in der Innenstadt: der neue Zoo Frankfurt

CDU-Fraktion besuchte den Tierpark



Zoodirektor Manfred Niekisch verstand es vorzüglich, die CDU-Fraktion beim Rundgang auch mit den täglichen Arbeiten im Zoo vertraut zu machen. Im Bild: Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann beim Füttern eines Flusspferds. Bilder: Rotberg

Nashörner, Flusspferde, Zebras – um exotische Tiere zu erleben, ist eine Afrika-Reise nicht erforderlich. Ein Besuch im Zoo Frankfurt genügt völlig. Dort können Zwei-, Vier- und Mehrbeiner, insgesamt mehr als 4.500 Tiere in über 500 Arten, entdeckt werden. Der Zoo gehört zu den Frankfurter Traditionseinrichtungen, hat aber viele Jahre eher ein Schattendasein in der Kommunalpolitik geführt.

Die schwarz-grüne Koalition hat die Zukunft des Frankfurter Zoos ganz oben auf die kommunalpolitische Tagesordnung gesetzt. Kulturdezernent Prof. Dr. Felix Semmelroth (CDU) hat zusammen mit den engagierten Mitarbeitern des Zoos und dem neuen Zoodirektor nicht nur ein neues, zukunftsweisendes Leitbild unter besonderer Berücksichtigung des Tierschutzes erarbeitet, sondern auch ein Sanierungsprogramm in Höhe von 30 Mio. Euro vorgestellt, das die Stadtverordnetenversammlung 2009 beschlossen hat.

Die Arbeiten sollen unter laufendem Betrieb erfolgen, sodass mit einer Bauzeit von insgesamt 15 Jahren zu rechnen ist.

Die CDU-Fraktion hat sich im Rahmen ihres Sommerprogramms an Ort und Stelle ein Bild von den begonnenen Baumaßnahmen gemacht. Dabei hat Zoodirektor Prof. Dr. Manfred Niekisch nicht nur die Pläne für den Neubau des Eingangsbereiches zur Verbesserung der Situation am Alfred-Brehm-Platz rund um das Zoo-Gesellschaftshaus

und das Fritz-Rémond-Theater erläutert, sondern unter anderem auch die Planungen für den Neubau der Bärenanlage, des Pinguinhauses und der Erdmännchenanlage dargestellt. Besonders eindrücklich für die Stadtverordneten waren die Einblicke in das Innenleben des neuen Menschenaffenhauses „Borgori-Wald“, das nicht nur verbesserte Lebensbedingungen für Orang-Utans und andere Artgenossen bietet, sondern auch in kurzer Zeit zu einem wahren Publikumsmagnet geworden ist. (red)



Ramsauer prüft Lärmschutzeinhausung für die Ostumgehung Frankfurt am Main

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat am 29. September 2010 die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und den Vorsitzenden der Frankfurter CDU-Fraktion, Helmut Heuser, zu einem Gespräch empfangen. Bei dem Treffen in Berlin ging es um die Lärmschutzeinhausung an der A 661, Ostumgehung Frankfurt am Main.

Die Stadt Frankfurt am Main wollte erstmals der neuen Leitung des Bundesverkehrsministeriums das von Prof. Albert Speer entwickelte städtebauliche Konzept „Städtebauliche und stadträumliche Verflechtung der Stadtteile Bornheim und Seckbach“ vorstellen.



Maximaler Lärmschutz und optimale stadträumliche Verflechtung werden durch diese städtebauliche Planungsalternative erreicht, die eine Komplettinhausung der A 661 zwischen Bornheim und Seckbach vorsieht. Bild: ASP

Das Stadtplanungsamt hat Ende 2009 eine Studie zur städtebaulichen und stadträumlichen Verflechtung der Stadtteile Bornheim und Seckbach in Auftrag gegeben. Das Untersuchungsgebiet liegt beidseits der Bundesautobahn 661 und umfasst circa 47 Hektar. Die starke Trennwirkung der A 661 für die Stadtteile Bornheim und Seckbach, die durch die Errichtung von Lärmschutzwänden für das Gebiet New Atterberry noch verstärkt wird, ist städtebaulich und landschaftsplanerisch unbefriedigend. In einer Studie zur Stadtentwicklung wurde daher unter-

sucht, in welchem Maße positive Effekte durch eine Einhausung der Autobahn entstehen können, insbesondere in Bezug auf

- die Verknüpfung von Siedlungsflächen und Grünräumen
- die Entwicklung von neuen innenstadtnahen Wohngebieten
- die Schaffung von Grünflächen und Kleingärten auf dem eingehausten Autobahnabschnitt und
- die Wirtschaftlichkeit der Einhausung durch Zugewinn von Wohnbauland und Ausgleichsflächen.

Ziel der Untersuchung ist es, für verschiedene Varianten der Einhausung der BAB 661 die städtebaulichen und stadträumlichen Entwicklungschancen darzustellen.

Ramsauer sagte nach dem Gespräch: „Das Konzept enthält eine spannende Vision für die Stadt Frankfurt am Main. Die Ideen von Prof. Speer zeigen einen städtebaulichen Anspruch auf, der Potenzial hat.“ Der Bundesverkehrsminister, der auch für Stadtentwicklung zuständig ist, will die Chancen auf eine Realisierung deshalb fachlich näher prüfen lassen – auch unter dem Blickwinkel der zu erwartenden Kosten. Klar sei für Ramsauer hierbei allerdings, dass die Möglichkeiten des Konzepts maßgeblich von einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main abhängen.

Oberbürgermeisterin Petra Roth und der Fraktionsvorsitzende Helmut Heuser betonten die gute Gesprächsatmosphäre und die aufgeschlossene, konstruktive Haltung von Minister Ramsauer gegenüber der vorgestellten Einhausung: „Die zugesagte fachliche Prüfung macht das Interesse des Ministers an der städtebaulichen Entwicklung Frankfurts und an dem Lärmschutz zugunsten der Bevölkerung deutlich. Mit der Prüfung geht das Konzept einer Einhausung nun in eine weitere Runde, sodass alle Chancen weiterhin gegeben sind. Das ist sehr positiv.“ (red)



Bundesverkehrsminister
Peter Ramsauer



Oberbürgermeisterin
Petra Roth



Fraktionsvorsitzender
Helmut Heuser

Sonnenschein im Goldsteinpark

Über 300 Gäste kamen zum Sommergespräch der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion will mit dem Sommergespräch ein regelmäßiges Forum bieten für Vereine und Institutionen in der Stadt, die mit der Politik auf zwanglose Weise ins Gespräch kommen wollen. In diesem Jahr waren rund 300 Interessierte da, um in sommerlicher Atmosphäre die Stadtverordneten, Ortsbeiräte und Magis-

tratsmitglieder der Frankfurter CDU zu treffen. Der neu gewählte Fraktionschef Helmut Heuser begrüßte die Gäste herzlich und gemeinsam mit dem CDU-Kreisvorsitzenden Boris Rhein und Oberbürgermeisterin Petra Roth. Das wunderbare Ambiente auf der Terrasse und im Park des SAALBAU Goldstein wirkte gemütlich

und einladend. Klaus-Jürgen Etzrodt, Stadtverbandsvorsitzender der Frankfurter Vereinsringe, gehörte ebenso zu den Anwesenden wie Eintracht-Präsident Peter Fischer und Handwerkskammerpräsident Bernd Ehinger. Besonderer Ehrengast war die Goldsteiner Rosenkönigin Larissa I. (jr)

Bilder: Wachendörfer



Seit 15 Jahren im Chefsessel der Stadt

Oberbürgermeisterin Petra Roth feierte ein kleines Jubiläum

Es war eine Sensation: Am 25. Juni 1995 fand die erste Oberbürgermeister-Direktwahl in Frankfurt am Main statt, und bereits im ersten Wahlgang schaffte die CDU-Kandidatin gegen das etablierte Stadtoberhaupt mit 51,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen den Sprung an die Spitze. Die feierliche Amtseinführung im Rathaus Römer, bei der Petra Roth erstmals die kostbare Amtskette als Zeichen ihrer neuen Würde anlegte, erfolgte dann am 5. Juli. „Von der ‚Miss Stadtverordnetenversammlung‘ zur Oberbürgermeisterin“ titelte damals eine Frankfurter Tageszeitung und bescheinigte dem frisch gekürten Stadtoberhaupt zwar durchaus weibliche Ausstrahlung, aber zugleich die nüchterne Selbsterkenntnis, dass Politik in erster Linie „harte Arbeit, umfassende Kenntnisse und Führungskraft“ bedeutet.

Diese Erfahrung hatte Petra Roth bereits in der Kommunal- und Landespolitik machen können. Im März 1977 – als Walter Wallmann Oberbürgermeister wurde – zog sie in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ein.

Im Römer war Petra Roth bis 1989 Vorsitzende des Sportausschusses und jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. 1987 wurde die überaus engagierte Kommunalpolitikerin Mitglied des Hessischen Landtages und insgesamt dreimal in ihrem Wahlkreis Frankfurt-Ost direkt gewählt. Sie führte die Frankfurter CDU von 1992 bis 1995.

Nach ihren ersten sechs Amtsjahren wurde Petra Roth im Jahr 2001 erneut zur Oberbürgermeisterin gewählt, diesmal



Stadtkämmerer Uwe Becker überreichte OB Petra Roth zum kleinen Dienstjubiläum das Präsent der CDU-Magistratsgruppe: Den Gutschein für einen Segelflug über der Region Frankfurt/Rhein-Main.
Bild: Wachendörfer

im zweiten Wahlgang; bei der zweiten Wiederwahl genügte dann wieder ein Wahlgang – ein viertes Mal wird es nicht geben, denn mit dem Ende der gegenwärtigen Amtsperiode im Jahr 2013 ist die gesetzlich vorgegebene Altersgrenze für eine Wiederwahl erreicht. (red)

Johnny Klinke schaute bei der CDU-Fraktion vorbei



Fröhlicher abendlicher Ausklang der Beratungen: Stadtkämmerer Uwe Becker, Innenminister Boris Rhein, Tigerpalast-Chef Johnny Klinke, Kulturausschussvorsitzende Alexandra Prinzessin von Hannover, Fraktionschef Helmut Heuser und Kulturdezernent Prof. Dr. Felix Semmelroth (v. l.).
Bild: Rotberg

Als besonderen Gast konnte die CDU-Fraktion bei ihrer am 3. September 2010 abgehaltenen Klausurtagung in Wiesloch Johnny Klinke begrüßen, den Direktor und Gründer des Frankfurter Varietés „Tigerpalast“. Klinke sorgte mit einer ebenso launigen wie pointenreichen Ansprache während des Abendessens für erheblichen Frohsinn unter den Stadtverordneten, die den Überraschungsgast zunächst ungläubig bäugten. Immerhin hatte sich der bekannte Alt-68er und frühere Vorkämpfer der antiautoritären Studentenbewegung gewissermaßen in

die Höhle des Löwen gewagt. Sein Thema war allerdings – potzblitz! – nicht die Hausbesetzer-Szene von einst, sondern die neue Bürgerlichkeit in Frankfurt am Main, die keine andere politische Konstellation besser zum Ausdruck bringe als Schwarz-Grün. Nur CDU und Grüne, zeigte sich Klinke überzeugt, hätten momentan die Kraft zur politischen Führung der Stadt. Dafür gab's Applaus, und der Weggefährte von Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit fühlte sich im Kreis der CDU gleich so herzlich aufgenommen, dass er bis zum späten Abend in Wiesloch blieb. (jr)

Frankfurt im Sammelfieber

Auch die Stadtverordneten tauschen Klebebildchen fürs Panini-Album

Da werden Erinnerungen wach: Fußball-Klebebildchen sammeln und tauschen war doch ein wesentlicher Teil der Pausenunterhaltung auf dem Schulhof. Jeder wird es noch kennen. Bundesliga-Stars und Weltmeistermannschaften steckten in den kleinen Papiertütchen, die für wenige Pfennige am Kiosk zu bekommen waren.

Begehrt waren die versilberten Sammelbilder mit den Meisterschaftspokalen und den Vereinswappen. An diesen ebenso schönen wie vielleicht auch sinnlosen Zeitvertreib knüpften jetzt Oliver Wurm und Alexander Böker an. In Gestalt der Juststickit! GbR sind sie die Herausgeber des Albums „Frankfurt sammelt Frankfurt“. So etwas hat es noch nicht gegeben: Es kann passieren, dass Goethe, die Paulskirche, HR 3, der Handkäs und „Badesalz“ in einem Tütchen stecken. Das sind fünf von insgesamt 216 Motiven, die in das von „Panini“ gedruckte Sammelalbum eingeklebt werden können. Dabei wird nicht nur der menschliche Sammeltrieb befriedigt, es winken auch bunte Preise, wenn einzelne Rubriken vollständig geklebt sind. Wer zum Beispiel alle Hochhausmotive von Frankfurts Skyline ergattern konnte, erhält ein Gratis-Ticket für den Main-Tower. Der Hauptpreis winkt am 30. Januar 2011. Wer zwischen 11.30 und 19.00 Uhr mit dem vollgeklebten Album in den Carolus-Saal der Binding-Brauerei kommt, wird registriert und nimmt an der Verlosung des „Frankfurt liebt dich“-Preises teil. Unter anderem sind zwei Fernstreckenflüge zu gewinnen. Es heißt also für alle wahren Frankfurt-Patrioten: Kleben was das Zeug hält! Das Album und die Sticker-Tütchen sind an jedem Kiosk erhältlich.

Die Stadtverordneten der CDU-Fraktion gehen mit gutem Beispiel voran und tauschen in den Sitzungspausen. Ein volles Album ist schließlich ein echtes kleines Frankfurt-Kompendium, das allerlei Wissenswertes bietet. So erfährt man, wer die „Frankfurter Legenden“ sind, etwa Goethe, Liesel Christ und Rosemarie Nitribitt. Viele Stars und Alt-Stars der Frankfurter Eintracht sind dabei und können wie 54er Weltmeister Alfred Pfaff sogar versilbert eingeklebt werden. Andere Doppelseiten widmen sich der Frankfurter Volksfestkultur, dem Flughafen, dem Zoo oder dem „Nachtleben“. Über eine Rubrik sind die sammelnden CDU-Stadtverordneten aber schwer enttäuscht: „Frankfurter Promis“. Da finden sich doch allerlei bekannte und weniger bekannte Namen. Das Humorduo „Badesalz“ gehört natürlich zu Frankfurt ebenso wie Pop-Star Sabrina Setlur, Städel-Chef Max Hollein und „Frohnatur“ Susanne Fröhlich. Es ist zwar schön, dass es auch RTL-Moderator Daniel



*Unter den CDU-Stadtverordneten Bernhard Mertens, Martin Daum, Dr. Bernadette Weyland und Thomas Kirchner (v.l.) ist die Sammelleidenschaft ausgebrochen.
Bild: Rotberg*

Hartwich, ein Musik-Titan namens „Shantel“ sowie das Werbe-Model Marlene Deluxe in die Frankfurter „Hall of Fame“ geschafft haben – aber irgendwie haben die Macher des Albums unsere Oberbürgermeisterin Petra Roth vergessen. Na sowas! Seit 15 Jahren ist Petra Roth die Stimme unserer Stadt, eine in Frankfurt durchaus beliebte OB, bundesweit und international anerkannt, länger im Amt als jeder Vorstandsvorsitzende der hier ansässigen Banken und Unternehmen. Sie fehlt, kein Bild verfügbar, kein Klebefeld vorgesehen – zur Enttäuschung ihrer Anhänger und der sammelfrohen Bürgerinnen und Bürger. Aber das Frankfurt Magazin schafft Abhilfe. Exklusiv für unsere Leserinnen und Leser liefern wir das Petra-Roth-Klebebild mit dieser Ausgabe nach. Sie finden es auf dieser Seite. Einfach herausnehmen! Vielleicht können Sie das Bild wenigstens zum Tauschen einsetzen. Wertvoll ist es allemal! (jr)



CDU
Oberbürgermeisterin
Petra Roth

Werte und Traditionen für die Zukunft unserer Gesellschaft

„Konservative Politik verändert die Welt, beachtet dabei aber eine gesellschaftliche Statik von Werten und Traditionen. Es geht um patriotische Identifikation und die Bereitschaft der einzelnen Staatsbürger, Verantwortung zu übernehmen. Ohne diese Übereinstimmung ist ein Zerfallen der Zivilgesellschaft unvermeidlich.“

Roland Koch

Roland Koch | Konservativ

„Ohne Werte und Prinzipien
ist kein Staat zu machen!“

220 Seiten | Gebunden mit Schutzumschlag

€ 17,95

ISBN 978-3-451-30441-5



HERDER

Lesen ist Leben

Neu in allen Buchhandlungen
oder unter www.herder.de